

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ulrike Emrich/Jürgen Nötzold
Der 20. Juli 1944 in den
offiziellen Gedenkreden
der Bundesrepublik und
in der Darstellung der DDR

Michael Voges
Politische Opposition
als Organisationsprozeß
gesellschaftlicher Erfahrung
Zum Widerstandskonzept
der Sopade im Dritten Reich

Walter Lipgens †
Widerstand gegen Hitler
und europäische Föderation

ISSN 0479-611 X

B 26/84
30. Juni 1984

Ulrike Emrich, geb. 1943; Studium der Geschichte, Geographie und Latein; Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Alte Geschichte der Technischen Universität Berlin, des Institutes für Zeitgeschichte München, des Institutes für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) München und der Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen bei München.

Veröffentlichungen u. a.: Empirische Untersuchungen zum Interesse an Geschichte und zum Einsatz von AV-Medien in der historisch-politischen Bildung, FWU-AV-Medien, darunter Dokumentarfilme u. a. zum 20. Juli 1944 und zu Konrad Adenauer; zus. mit J. Nötzold Mitarbeit am Zahlenspiegel BRD/DDR des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

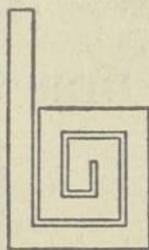
Jürgen Nötzold, Dr. oec. publ., Dipl. disc. pol., geb. 1936; Wissenschaftlicher Assistent am Osteuropa-Institut München, Fachgruppenleiter im Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen bei München; zahlreiche Vorträge auf internationalen wissenschaftlichen Tagungen, darunter in der Sowjetunion.

Veröffentlichungen u. a.: Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik. Eine Bilanz im Hinblick auf gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1979 (Zus. mit W. Beitel); Technologieentwicklung und Technologieimport, in: B. Dietz (Hrsg.), Zukunftsperspektiven der Sowjetunion, München 1984.

Michael Voges, geb. 1952; Wiss. Ang. am Institut für Literaturwissenschaft der Universität Kiel; Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Kiel und Oxford.

Walter Lippens, Dr. phil., geb. 1925, Professor für Neuere Geschichte an der Universität des Saarlandes, am 29. April 1984 gestorben, nur wenige Wochen, nachdem er das vorliegende Manuskript abgeschlossen hatte; 1966 Gastprofessor am Institute for Advanced Study, Princeton; seit 1966 Professor an der Universität Saarbrücken; 1973 Gastprofessur an der University of Missouri, Columbia; Mitglied des Direktoriums des „Centre Internationale de Formation Européenne“, Paris, und des „Instituts für Europäische Politik“, Bonn; 1976—1979 Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940—1945. Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945—1950, 1977 (engl. 1982); (Hrsg.) Sources for the History of European Integration 1945—1955, 1980; (Hrsg.) Die Europäische Integration, 1983; (Hrsg.) 45 Jahre Kampf um Europäische Verfassung, 1984; (Hrsg.) Documents on the History of European Integration, Bd. 1 und 2, 1984.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4604-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der 20. Juli 1944 in den offiziellen Gedenkreden der Bundesrepublik und in der Darstellung der DDR

„Weil die Geschichte des Widerstandes in Deutschland ... von weiterwirkender politischer Bedeutung ist, muß von denjenigen, die sich ihrer Erforschung widmen, ein hohes Maß von politischer Einsicht und historischer Ehrlichkeit verlangt werden.“

Greta Kuckhoff, Mitglied der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe („Rote Kapelle“), Ehefrau des in Berlin-Plötzensee hingerichteten Adam Kuckhoff (in: Zur Erforschung des deutschen Widerstands, in: Einheit, 2. Jg., H. 12 [1947], S. 1168)

I. Die Bundesrepublik Deutschland

1. Die politische Funktion der Gedenkreden

Alljährlich wiederkehrende Gedenktage — wie der 17. Juni oder der 20. Juli — laufen wegen der von Amts wegen verordneten offiziellen Gedenkreden sowie der publizistischen Nutzung in Presse und Fernsehen Gefahr, zu einem Ritual zu erstarren, das — als mehr oder weniger lästige Pflicht empfunden — absolviert wird, ohne jedoch die beabsichtigte emotionale Betroffenheit oder aufklärerische Wirkung zu erreichen. Gedenktage sind Erinnerungstage an Höhen und Tiefen in der Geschichte einer Nation; sie spiegeln gewissermaßen das kollektive Gedächtnis eines Volkes wider, sie sind entweder Jubeltage — wie die amerikanischen, französischen oder italienischen Nationalfeiertage — oder Trauertage wie der 17. Juni oder 20. Juli. An diesen beiden Tagen wird Vergangenheit „bewältigt“, „Trauerarbeit“ (A. Mitscherlich) geleistet, „Bekanntnis“ (Th. Heuss) abgelegt und vor allem das Vermächtnis beschworen, „das bleibende Erbe“ (E. Gerstenmaier) als „mahrende Verpflichtung“ (G. Schröder) an die Nachgeborenen weiterzugeben.

Die Reden und publizistischen Äußerungen zu den Gedenktagen sind jedoch keine erratischen Blöcke im Fluß des Geschehens, sondern spiegeln Veränderungen des politisch-sozialen Umfeldes wider, nehmen Bezug auf aktuelle Ereignisse oder historische Daten und geben nicht zuletzt Aufschluß über Zustand und Wandel des öffentlichen Bewußtseins. Die Gedenkreden der politischen Repräsentanten unterscheiden sich von anderen

Gedenkreden — wie sie z. B. im Rahmen von Universitätsveranstaltungen gehalten werden — in mehrfacher Hinsicht. Erstens ist ihr Adressatenkreis meist nicht eine bestimmte Zielgruppe, sondern die gesamte Bevölkerung. Zweitens ist es nicht in erster Linie die Zielsetzung, anhand des historischen Datums lediglich eine Darstellung zu leisten, sondern vielmehr politische Wirkung auszuüben, d. h. Impulse zu Veränderungen im politischen Bewußtsein der Öffentlichkeit durch Verstärkung oder Korrektur bestimmter Geschichtsauffassungen zu geben. Diese Beeinflussung mittels historischer Reminiszenz „gehört zu den Daueraufgaben jeder politischen Führung — eine Bemühung, die ebenso wichtig ist wie die ständige Vermittlung ordnungspolitischer Grundvorstellungen“¹⁾. Bestimmte Geschichtsbilder — wie das eines „deutschen Sonderweges“²⁾ — können damit eine legitimatorische Funktion erhalten³⁾. Sie beeinflussen Aufbau, Sprache und Stil der politischen Reden und offenbaren sich besonders in Gedenkreden. Wenn hier zeitgenössische Erfah-

¹⁾ H.-P. Schwarz, Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland — Herausforderung für die Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/82 v. 11. 9. 1982, S. 14.

²⁾ Vgl. B. Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81 v. 15. 8. 1981; R. Löwenthal, Die Deutschen sind keine Pendler, in: Die Zeit v. 18. 5. 1984.

³⁾ So hat z. B. K. Adenauer die These vom „deutschen Sonderweg“ vertreten, ohne allerdings den Begriff ausdrücklich zu verwenden, in: H.-P. Schwarz, Geschichtsschreibung ... (Anm. 1).

nung und Betroffenheit nicht mehr unmittelbar zum Tragen kommen, gewinnt die Sprache, in der vermittelt wird, noch größere Bedeutung. Zwar „werden ja ohnedies nie nur Tatsachen, sondern immer nur interpretierte Vorgänge vermittelt“, aber ein bestimmter Begriff, wie z. B. „Drittes Reich“, transportiert für in dieser Sache erfahrungslose Generationen nichts von den Schrecken der modernen Tyranis“⁴⁾. Inhalt und Sprache der Gedenkreden zum 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik Deutschland geben Aufschluß über „Vergangenheitsbewältigung“, Selbstverständnis und politischen Wandel unseres Staates. Der Widerstandskreis des 20. Juli 1944 hat für die Bundesrepublik eine ähnlich große Bedeutung wie der kommunistische Arbeiterwiderstand für die DDR. Beide deutsche Staaten benutzen das von ihnen jeweils verschieden interpretierte und beanspruchte Vermächtnis des NS-Widerstandes als eine Legitimationsgrundlage ihrer Staatsgründung.

Im folgenden soll versucht werden, anhand der Analyse der offiziellen Gedenkreden zum 20. Juli in der Bundesrepublik einige Veränderungen in der Deutung des Ereignisses aufzuzeigen und sie auf dem Hintergrund innen- und außenpolitischer Ereignisse zu interpretieren. Es wird keine Vollständigkeit der Dokumentation aller von Politikern in der Bundesrepublik gehaltenen Gedenkreden angestrebt. Nur auf einige wenige Reden und einzelne Aspekte kann im Rahmen dieser Untersuchung eingegangen werden. Sicherlich wäre es sehr aufschlußreich, in weiteren Analysen bestimmte wichtige Wendepunkte der politischen und gesellschaftlichen Geschichte der Bundesrepublik im Spiegel der Gedenkreden zu verdeutlichen. Diese Spiegelung — auch mentaler Veränderungen und Trends in der Öffentlichkeit sowie in der Reflexion der Politiker und politischen Amtsinhaber — könnte am Beispiel der Interpretationslinien und Veränderungen der Rezeption des 20. Juli 1944 einen Beitrag leisten, die vielschichtigen Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und Gesellschaft, Politik und historischer Forschung aufzudecken. Dazu könnte ein Frageraster hilfreich sein, das die Gedenkreden erschließt, z. B.: Inwiefern wird in der Interpretation des 20. Juli 1944 eine bestimmte Geschichtsauffassung deutlich? Wird

⁴⁾ M. Hättich, Aufarbeitung der Vergangenheit als Auftrag der politischen Bildung: Kurzbeiträge, in: J. Weber/P. Steinbach, Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984, S. 177.

an bestimmten Traditionen der deutschen Geschichte (demokratisch, liberal, sozialistisch) angeknüpft? Werden aus der Berufung auf eine spezifische Tradition bestimmte politische Forderungen abgeleitet und wie sollen sie realisiert werden? Welche Daten und Ereignisse aus der deutschen Geschichte dienen dazu, bestimmte Traditionen abzuleiten? An dieser Stelle können jedoch nur einige „Schlaglichter“ auf ein noch zu bestellendes „Forschungsfeld“ geworfen werden.

2. Zur Beurteilung des 20. Juli 1944

Die Identifizierung Deutschlands mit Hitler, die die Auslandskontakte der bürgerlich-militärischen Widerstandsgruppen während des Zweiten Weltkrieges zunehmend erschwerte, sollte für die Einschätzung des 20. Juli 1944 in der deutschen Öffentlichkeit zu einer schweren Hypothek werden. Vor allem die westlichen Alliierten hatten den 20. Juli „als bloße Anti-Hitlerbewegung“⁵⁾ beurteilt und die Träger dieses Widerstandes als reaktionäre Adelsclique eingestuft. Doch ist dieser Vorwurf schon 1946 von Churchill in einer Rede vor dem Unterhaus mit folgenden Worten revidiert worden: „In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker hervorgebracht wurde... Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah, aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus.“⁶⁾ Diese positive Würdigung wurde deshalb vor allem in den fünfziger Jahren von Politikern in ihren Gedenkreden zum 20. Juli häufig zitiert, weil sie innenpolitisch der Zurückweisung der Kollektivschuld-These dienen konnte und außenpolitisch die Aufnahme der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Staaten erleichterte. Dennoch befand sich der 20. Juli anfänglich in einer Verteidigungsposition. Die Diskussion kreiste um Widerstandsrecht und Widerstandspflicht, um Tyrannenmord, Gehorsamspflicht und Eidestreue, Landesverrat und Hochverrat und fand einen publizistischen Höhepunkt in zwei Sondernummern

⁵⁾ R. Büchel, Der Deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945, München 1975, S. 11.

⁶⁾ Zitiert nach BPA-Bulletin v. 23. 7. 1963, Nr. 128, S. 1137.

der Wochenzeitung „Das Parlament“⁷⁾. 1952 stand die Publikation im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Major Remer, mit der Absicht, eine neue Dolchstoßlegende zu verhindern. Doch blieb das Verhältnis der Öffentlichkeit zum Widerstand weiterhin ambivalent. Das wurde zum Beispiel sichtbar, als der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, anlässlich der John-Affäre 1954 im Deutschen Bundestag den deutschen Widerstand verteidigen mußte.

Die offiziellen Gedenkreden in den fünfziger Jahren bis 1966, die mit Ausnahme der Rede von Bundespräsident Heuss im Jahre 1954 von CDU-Politikern gehalten wurden, spiegeln diese Ambivalenz nicht wider. Denn im Selbstverständnis der CDU liegt „eine historische Wurzel“ im Widerstand — Männer und Frauen des Widerstandes,“ die sich nicht anpaßten, die Widerstand leisteten und nach 1945 in der Christlich-Demokratischen Union arbeiteten ... „haben das moralische und politische Vermächtnis des Widerstandes in die Politik der zweiten deutschen Republik eingebracht,“ schreibt Helmut Kohl⁸⁾. Er nennt u. a. Adenauer, Arnold, Ehlers, Gerstenmaier, Hermes, Müller, Kaiser, Lehr, Lenz, Steltzer, Frau Teusch — Persönlichkeiten, die zum Teil in der Gründungsphase der CDU und später in wichtigen Partei- und Regierungsämtern eine herausragende Rolle gespielt haben, zum Teil aber auch bald, wie Theodor Steltzer, an politischem Einfluß verloren. Aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und aus der Mitarbeit im Widerstand, z. B. im Kreisauer Kreis, flossen die starke Einbindung christlichen Gedankenguts, die Bewahrung der Werte des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, aber auch die im Ahlener Parteiprogramm vorgesehene Verstaatlichung verschiedener Wirtschaftszweige in das Gründungskonzept der Partei ein.

⁷⁾ Sondernummer 1952, Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 — den hellsten und schwärzesten Tag der neueren deutschen Geschichte; Sondernummer 1954, Mutige Männer folgten dem Rufe ihres Gewissens — Was uns der 20. Juli bedeutet / Erinnerungen Überlebender.

⁸⁾ H. Kohl, Vorwort zur Dokumentation: Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954—1978), hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o. J. Dieser Gedankengang läßt sich in den Gedenkreden bis heute verfolgen, z. B. bei R. von Weizsäcker, Gedenkrede in Berlin zum 20. Juli 1980: „Was fortwirkt, sind nicht historische Zusammenhänge oder politische Berechnungen bei den Verschworenen, sondern ihr Charakter, ihr Gewissen und ihre Tat,“ in: Pressedokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1980.

Die Gedenkreden der CDU-Politiker geben nicht nur das moralisch-politische Vermächtnis des Widerstandes wieder, sondern in ihnen kommt auch deutlich die Veränderung in den Ost-West-Beziehungen zum Ausdruck. Schon 1946 hatte Churchill in einer Rede in Fulton von einem Eisernen Vorhang gesprochen, der in Europa niedergehe. Berlin-Blockade und der Beginn des Korea-Krieges zeigten die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes. Diese Ereignisse führten in den westlichen liberalen Demokratien, vor allem in der Bundesrepublik, zur Ausbildung der Totalitarismus-Theorie. Das Bewußtsein der Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik durch die Sowjetunion bzw. den Ostblock und ihre Anhänger in der Bundesrepublik rief — zusammen mit der Erinnerung an die Zerstörung der Weimarer Republik durch den Nationalsozialismus — die Gleichsetzung beider Herrschaftssysteme unter dem Schlagwort des Totalitarismus hervor. Ein kämpferischer Antikommunismus und Antitotalitarismus prägten bis in die Mitte der sechziger Jahre Inhalt und Stil der Gedenkreden, besonders in der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat. Diese Grundeinstellung zeigt sich in dem Teil der Reden, der das als Mahnung, Verpflichtung oder Vermächtnis empfundene Erbe des Widerstandes in den aktuellen Bezugsrahmen stellt. Die Gleichsetzung des 20. Juli mit dem 17. Juni, bzw. der ausdrückliche Bezug auf den Aufstand von 1953, findet sich in vielen Gedenkreden, wie z. B. bei G. Schröder (1954), E. Lemmer (1962), K.-U. von Hassel (1963), F. Thedieck (1963), E. Gerstenmaier (1964), J. B. Gradl (1966) und schließlich wieder bei H. Windelen (1983). Der Hinweis auf den 13. August 1961 taucht nur in den Reden von E. Lemmer (1962) und F. Thedieck (1963) auf.

Aufschlußreich ist nun, wie diese beiden Gedenktage miteinander in Beziehung gesetzt werden. Das wird z. B. aus den Reden von E. Lemmer (1962) und H. Lübke (1964) ersichtlich. E. Lemmer, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, führte u. a. aus, daß der 20. Juli 1944, der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961 „zu den erschütternden Begebenheiten unserer jüngsten Vergangenheit“ zählen. „Als Bundesminister für die gesamtdeutsche Not“ wolle er „auf das traurige Los jener 16 Millionen Landsleute“ hinweisen, „die ohne ihre besondere Schuld noch unter der schweren Hypothek dessen stehen, was die Männer und Frauen vom 20. Juli von unserem Volk

fernhalten wollten. Sie sind bis auf den heutigen Tag nicht in den Genuß der Freiheit und Menschenrechte gekommen, weil eine Diktatur eine andere ablöste.“⁹⁾ Bundespräsident H. Lübke sagte u. a.: „Wir sind heute versammelt in der Hauptstadt Deutschlands, die für unser Volk zum Symbol der Sehnsucht nach Einheit und für die ganze Welt zum Fanal des Freiheitswillens geworden ist. Berlin war 1944 und 1953 Herzmitte eines Aufstands des Gewissens. Plötzensee und Bendlerstraße, Potsdamer Platz und Leipziger Straße sind Begriffe geworden aus Tagen, in denen unser Volk auf Herz und Nieren geprüft wurde, ob es den Sinn seiner Heimsuchung erkannt hatte.“¹⁰⁾

Noch stärker als bei der CDU ist für das Selbstverständnis und den Neuaufbau der SPD nach Kriegsende die persönliche Erfahrung des Widerstandes zum Tragen gekommen. Kurt Schumacher wollte sogar nur diejenigen SPD-Funktionäre wieder in die Partei aufnehmen, die Widerstand geleistet hatten¹¹⁾. Für Widerstandskämpfer wie Kurt Schumacher, die eine jahrelange KZ-Haft erlitten hatten, oder wie Willy Brandt, die aus der Emigration kamen, wurde es zur Grundhaltung, daß die Freiheit das am stärksten bedrohte Gut ist und eine Wiederholung der schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit verhindert werden müsse¹²⁾. Das Vermächtnis des Widerstandes, die Freiheits- und Menschenrechte zu wahren, wurde in Grundsatzserklärungen der SPD immer wieder betont und bestimmt bis heute das Selbstverständnis der Partei¹³⁾.

Wie die CDU ist auch die FDP eine Neugründung. Sie wurde 1948 in der Nachfolge verschiedener liberaler Parteien der Weimarer Republik gegründet. Die FDP sieht zwar nicht wie die CDU ihre „Wurzeln“ im Widerstand oder leitet — wie die SPD — ihre politischen Grundforderungen aus den Erfahrungen des Widerstandes ab. Gleichwohl kann ihr

Grundverständnis an die Programmatik der Widerstandsbewegung anknüpfen. Die Betonung von Freiheit, Toleranz und Menschenwürde als zentrale Forderungen des klassischen Liberalismus, die es gegenüber allen freiheits- und rechtsbedrohenden staatlichen Maßnahmen zu schützen gilt¹⁴⁾, sind auch Grundgedanken des Widerstands.

Während der Großen Koalition und der sozial-liberalen Koalition hielten zumeist SPD- oder FDP-Politiker die Gedenkreden. In ihnen tritt jetzt die Verbindung des 20. Juli mit dem 17. Juni 1953 oder mit dem 13. August 1961 zurück. Ziel ist vielmehr, durch die Anknüpfung an Ereignisse wie die Revolution von 1848/49 die demokratische Traditionslinie in der deutschen Geschichte ins Bewußtsein zu rücken. Die Zeit vom Ende der sechziger bis zum Anfang der achtziger Jahre brachte der Bundesrepublik nachhaltige innenpolitische und gesellschaftliche Veränderungen wie die Studentenunruhen und die APO, Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung, den Einzug der NPD in kommunale Parlamente, links- und rechtsextremistische Gewalttaten, Bürgerinitiativen und Alternativgruppen, die Friedensbewegung sowie Aussteigermentalität, Zukunftsängste und Technikfeindlichkeit. Auf diese Probleme wird in fast allen Gedenkreden eingegangen. Die Würdigung des 20. Juli dient weniger der „Vergangenheitsbewältigung“ als der Auseinandersetzung mit den Gegenwartsproblemen. Ein zentrales Vermächtnis des Widerstandes, die Wiederherstellung des Rechtsstaates, wird nun in Verbindung mit den Gefährdungen der freiheitlich-demokratischen Ordnung besonders herausgestellt und mit dem Problem des Rechtes auf Widerstand (GG, Art. 20, Abs. 4) verbunden, z. B. in der Gedenkrede von G. Jahn 1973 und in der Rundfunk- und Fernsehserklärung von Bundeskanzler Schmidt 1974.

Veränderungen zeigten sich auch im Bereich der Widerstandsforschung. Arbeiten über die außenpolitischen Konzeptionen und die staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer- und Goerdeler-Kreises trugen zur kritischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen, konservativen und militärischen Widerstandskreisen des 20. Juli

⁹⁾ BPA-Bulletin v. 25. 7. 1962, Nr. 134, S. 1154.

¹⁰⁾ Zit. nach Dokumentation „Der deutsche Widerstand und die CDU“ (Anm. 8), S. 70.

¹¹⁾ Siehe T. D. Schramm, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1980, S. 69.

¹²⁾ Vgl. Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt zum Gedenken an den 20. Juli 1944, in: BPA-Bulletin v. 26. 7. 1979, Nr. 91, S. 853.

¹³⁾ Vgl. z. B. Programme der Deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 188: „Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer Herrschaft, denn diese mißachteten die Würde des Menschen, vernichteten seine Freiheit und zerstörten das Recht.“

¹⁴⁾ Vgl. K. H. Flach/W. Maihofer/W. Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Hamburg 1972, besonders S. 57f.

bei¹⁵⁾. Außerdem wandte man sich nunmehr verstärkt auch anderen Widerstandsgruppen und -formen zu, wie dem Widerstand der Arbeiterschaft einschließlich dem der Kommunisten, Widerstand von Jugendgruppen und -verbänden, dem Widerstand in Konzentrationslagern und Gefangenschaft und dem vielfältigen Widerstandsverhalten im Alltag (nach Martin Broszat „Resistenz“).

Die Erkenntnis, daß der Widerstand breit und vielfältig war, fand ihren Ausdruck auch in den Gedenkreden. Der 20. Juli steht jetzt stellvertretend für den gesamten Widerstand, z. B. in der Rede von G. Jahn 1973: „Der Widerstand gegen das Unrecht des Nationalsozialismus hat am 20. Juli 1944 seinen sichtbaren Ausdruck gefunden. Dieser Tag ... steht deshalb stellvertretend für alle Taten der ungezählten, unbekanntenen und ungenannten Menschen unseres Volkes, die nicht bereit waren, sich dem Unrecht zu beugen oder ihm bequem aus dem Wege zu gehen.“¹⁶⁾

Ein Höhepunkt in dem Versuch, NS-Herrschaft und Widerstand zu deuten, stellt die Gedenkrede des Bundespräsidenten Heinemann im Jahre 1969 wegen seines persönlichen Schuldbekenntnisses dar¹⁷⁾. Auch er selbst, der nach eigenem Bekenntnis den Nationalsozialismus nie angefochten hat, empfindet Schuld: „Mich läßt die Frage nicht los, warum ich im Dritten Reich nicht mehr widerstanden habe. Aus dieser Frage heraus habe ich als früheres Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands die Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1945 auch persönlich mitgesprochen, in der es unter anderem heißt: ‚Was wir unseren Gemeinden oft

bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“¹⁸⁾ Schon 1945/46 hatte Karl Jaspers die Schuldfrage in seiner bekannten Vorlesung „Die geistige Situation in Deutschland“ angesprochen und dabei zwischen „krimineller“, „politischer“, „moralischer“ und „metaphysischer“ Schuld unterschieden¹⁹⁾. Im Sinne Jaspers bekennt sich Heinemann zu einer „metaphysischen“ Schuld, d. h. der mangelnden Mitverantwortung für das geschehene Unrecht.

Während die Generation des Bundespräsidenten Heinemann der Frage der Mitschuld nicht ausweichen kann, trifft sie für einen Angehörigen der Nachkriegsgeneration nicht zu. So stellt sich für A. von Schoeler, seinerzeit Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, in seiner Gedenkrede zum 20. Juli 1980 vielmehr die Frage, „welche Bedeutung der Widerstand für unsere heutige Situation hat, welchen Stellenwert er für die junge Generation einnimmt oder einnehmen sollte“²⁰⁾. Nach seiner Ansicht sollte die Beschäftigung mit dem Widerstand dazu dienen, der Jugend „die demokratischen Ideale unseres Staates näher zu bringen“ und ihr durch das Bewußtsein positiver historischer Orientierungspunkte die Möglichkeit zu geben, „sich mit der Geschichte des eigenen Volkes“ zu identifizieren.

II. DDR

1. Die Legitimierungsfunktion historischer Ereignisse

Die Legitimierung politischer und wirtschaftlicher Ordnungen kann auf vielfältige Weise erreicht werden. Ein wichtiges Mittel ist die

Bildung historischer Kontinuität. Da beide deutsche Staaten ein Produkt des Ost-West-Konfliktes sind, stellt sich ihr Legitimitätsproblem auch in entsprechender Weise. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR müssen nachweisen, daß sie in der Kontinuität der deutschen Geschichte

¹⁵⁾ Siehe u. a. H. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, und H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: W. Schmitthenner/H. Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier Studien, Köln/Berlin 1966; G. van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967; K. Hildebrand, Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand, in: GWU 4 (1978), S. 213—241.

¹⁶⁾ BPA-Bulletin v. 24. 7. 1973, Nr. 89, S. 904.

¹⁷⁾ Auch spätere Gedenkreden nehmen Bezug auf diese Rede: Franke (1971), Filbinger (1974), von Dohnanyi (1979).

¹⁸⁾ BPA-Bulletin v. 22. 7. 1969, Nr. 96, S. 827.

¹⁹⁾ K. Jaspers, Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945—1965, München 1965, S. 77 ff.

²⁰⁾ BPA-Bulletin v. 31. 7. 1980, Nr. 88, S. 753—756.

stehen. Dabei spielt das Verständnis des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft eine besondere Rolle. Denn letztlich ist es der von NS-Deutschland entfesselte und verlorene Krieg, der die Zweistaatlichkeit brachte. Der schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende Konflikt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion führte schließlich dazu, daß sich die Siegermächte über das Schicksal des besiegten Deutschland nicht zu einigen vermochten. Die Linie, mit der zunächst die Aufteilung Deutschlands in drei westliche Besatzungszonen und eine östliche Besatzungszone festgelegt worden war, wurde schließlich zu einer ideologischen und staatlichen Trennlinie.

Bodo Scheurig hat einmal zum Verhältnis der Deutschen in der Bundesrepublik zum 20. Juli 1944 festgestellt, daß sie dieser Tag trenne und entzweie. Das gilt vor allem für die Deutung des Widerstandes in den beiden deutschen Staaten. Denn die Ablehnung des jeweils anderen Staates und seiner historischen Tradition wird als Voraussetzung und Mittel zur Entwicklung einer staatlichen Identität angesehen. Das galt und gilt noch stärker für die DDR als für die Bundesrepublik. Die Interpretation des Widerstandes ist auch ein Gradmesser dafür, wie sich in den verschiedenen Zeitabschnitten nach dem Zweiten Weltkrieg die ideologische Abgrenzung zwischen Ost und West verschärft bzw. vermindert hat.

Die Bundesrepublik suchte in der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit diejenigen Kräfte des Widerstandes zu finden, die nach Beendigung der NS-Herrschaft einen Anschluß an die freiheitlichen Traditionen der westlichen Demokratien ermöglichten. Die DDR benutzt den Widerstand in anderer Weise als eine Legitimierungsgrundlage, mit deren Hilfe sie ihre Gesellschaftsordnung und ihren weiteren Ausbau rechtfertigen will. Das Verhältnis zur Bundesrepublik ist allerdings in zweifacher Weise ungleich. In der DDR besteht ein ganz eindeutiger Vorrang der politischen Zielsetzung bei der Interpretation deutscher Geschichte; ein derartiges eindeutiges Zuordnungsverhältnis kann es in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft wie der der Bundesrepublik nicht geben. Zudem muß sich die DDR stärker abgrenzen, weil der Einfluß der Bundesrepublik auf die DDR ungleich größer ist als umgekehrt. Daraus erklärt sich auch mitunter eine gewisse Aggressivität und Undifferenziertheit der DDR-Äußerungen in bezug auf die

Interpretationsmuster des Widerstandes in der Bundesrepublik. Weil die Interpretation des NS-Widerstandes für die DDR auch eine Frage der ideologischen Auseinandersetzung und Abgrenzung zur Bundesrepublik ist, spiegeln sich in ihr auch die Stufen der Staatswerdung der DDR, der verschiedenen Phasen der Deutschland-Politik und des Ost-West-Verhältnisses wider.

Die Sowjetunion hatte ebenso wie die westlichen Alliierten nicht von vornherein die Teilung in zwei deutsche Staaten beabsichtigt, sondern vielmehr eine Einflußnahme auf das ganze Deutschland. Einflußnahme im sowjetischen Sinne hieß, daß die politische und wirtschaftliche Ordnung Gesamtdeutschlands so gestaltet sein mußte, daß sie die Stabilität der neuerrungenen sowjetischen hegemonialen Position in Osteuropa nicht gefährden konnte, besser noch, sie absichern half. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Proklamierung einer „antifaschistischen Front“ aller ehemaligen Widerstandsgruppen gesehen werden. Sie war der Versuch der Sowjetunion, sich eine entsprechende politische Basis in Gesamtdeutschland zu verschaffen. Doch der entstehende globale Ost-West-Konflikt zwischen den USA und der UdSSR beendete diesen Ansatzpunkt. Allerdings hatte die Sowjetunion auch danach ihr Ziel der Einflußnahme auf Gesamtdeutschland nicht aufgegeben. Nach der Gründung der DDR betrachtete sie diese als den Kern eines künftigen, nicht gegen die Sowjetunion gerichteten deutschen Einheitsstaates. Stalin hatte in seinem Grußtelegramm vom 13. Oktober 1949 die DDR als den „Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes“ Deutschland bezeichnet.

Der Eintritt der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Verteidigungsbündnisse Mitte der fünfziger Jahre brachte auch einen Einschnitt in das historische Selbstverständnis der DDR. Es „war klar geworden, daß die DDR kein episodisches Provisorium oder kurzes Durchgangsstadium in der deutschen Geschichte darstellte, sondern sich als selbständiger souveräner Staat auf sozialistischen Grundlagen mit einer langen geschichtlichen Perspektive etabliert hatte“²¹⁾. Die DDR konnte davon ausgehen, daß die Sowjetunion von jetzt an ihren Bestand garantierte, die Bundesrepublik dagegen nach wie vor ihre

²¹⁾ Walter Schmidt, Die Gründung der Historiker-Gesellschaft der DDR 1958, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1983) 8, S. 685f.

Existenz bestritt und ihre internationale Anerkennung zu verhindern suchte. Während die Staaten Osteuropas ab Mitte der sechziger Jahre versuchten, die Konfrontation mit Westeuropa abzubauen und ein kooperatives Verhältnis zu entwickeln, grenzte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik ab. Demzufolge wandte sie sich auch gegen die Auffassung eines gemeinsamen Geschichtsbildes²²⁾. Obwohl in der Bundesrepublik im Gleichklang mit den Ansätzen zur Entspannungspolitik ab Mitte der sechziger Jahre zunehmend die Tatsache berücksichtigt wurde, daß es im Widerstand gegen die NS-Herrschaft nicht nur den 20. Juli gab, ignorierte die DDR diese Veränderung der Forschungsrichtung in der Bundesrepublik. Nach wie vor warf sie der Bundesrepublik im Stil des Kalten Krieges vor, daß sie die Macht derjenigen wiederherstelle, die die „Hauptverantwortung für den Hitler-Faschismus und den Krieg“ getragen haben. Hier fand kein „Wandel durch Annäherung“ statt.

1968 gab sich die DDR eine neue Verfassung, in der sie vom Bestehen zweier deutscher Staaten ausging. Die siebziger Jahre waren durch den Versuch gekennzeichnet, die staatliche Trennung auch zu einer Trennung der Nation zu machen. 1971 wurde der Art. I der Verfassung abgeschafft, in welchem die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ bezeichnet worden war. In der Folge wurde die Entwicklung einer Nationalgeschichte der DDR propagiert. Der Zweck ist klar: Da eine Nation nicht allein durch die Streichung eines Verfassungsartikels entsteht, muß eine Geschichte dieser „sozialistischen deutschen Nation“ geschaffen werden. In der vom Zentralkomitee der SED herausgegebenen „Einheit“ wurde 1984 ausgeführt: „Niemand aber kann sich wohl der Einsicht verschließen: wenn sich in der DDR eine sozialistische deutsche Nation entwickelt, d. h. eine Nation, die ihrem Charakter nach sozialistisch, ihrer ethnischen Herkunft nach deutsch ist, so ergibt sich daraus die unabweisable Konsequenz, daß sie in ihrem Bewußtsein die gesamte deutsche Geschichte von der Warte des Sozialismus verarbeiten muß. Die Sicht auf die gesamte deutsche Geschichte ist ein unveräußerliches Element unseres historischen Selbstverständnisses, Teil unserer na-

tionalen Identität.“²³⁾ Diese Erweiterung der historischen Traditionslinie der DDR muß im Zusammenhang mit der Neuordnung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten durch den Grundlagenvertrag von 1972 gesehen werden. Die DDR kann sich auf die Entspannungspolitik im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nur einlassen, wenn dadurch nicht einem gesamtnationalen Anspruch der Bundesrepublik gedient wird.

2. Die Beurteilung des 20. Juli 1944

Zur progressiven Traditionslinie, die zur Entstehung und Ausbildung des „sozialistischen deutschen Staates“ — der DDR — hinführt, gehört auch der antifaschistische Widerstandskampf von 1933—1945²⁴⁾. Er wird von der DDR als ein „wesentliches Stück ihrer Vorgeschichte“²⁵⁾ begriffen. Unterschieden wird zwischen dem Widerstand gegen Hitler, d. h. der Verschwörung des 20. Juli, und dem „antifaschistischen Kampf“. In ihrem Teil des Zugriffs auf den Widerstand beansprucht die DDR die kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfer und die Antifaschisten aus bürgerlich-demokratischen sowie christlichen Kreisen, die von Anfang an Widerstand geleistet haben. Diejenigen aber, die sich später bei der Verschwörung des 20. Juli fanden und den Nationalsozialismus anfänglich unterstützt haben, als seine Herrschaft noch nicht gefestigt war, werden der bundesdeutschen Traditionslinie zugeordnet.

Bei dieser Zuordnung spielt in DDR-Sicht eine wesentliche Rolle, daß der Kreis um Goerdeler die Absicht hatte, den Krieg nur im Westen zu beenden. Schon 1947 schrieb Albert Norden: „Einstellung des Widerstandes im Westen und Fortsetzung des Krieges im Osten — das war aber nicht nur die Lieblingsidee der Generale. Auch Goerdeler, ein konservativer Freund der monarchischen Staatsform und leitender Kopf bürgerlicher antinazistischer Oppositionskreise, bekannte sich zu dieser Plattform.“²⁶⁾ Goerdeler war be-

²²⁾ Vgl. H. Heitzer, Über unsere Stellung zu den westdeutschen bürgerlichen Historikern, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1958) 4.

²³⁾ H. Bartel/W. Schmidt, Sozialismus und historisches Erbe in der DDR, in: Einheit, 39 (1984) 2, S. 110.

²⁴⁾ H. Meier/W. Schmidt, Die DDR — Verkörperung der besten Tradition der deutschen Geschichte, in: Einheit, 30 (1975) 4/5, S. 69.

²⁵⁾ So z. B. H. Scheel, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 21 (1979) 5, S. 657.

²⁶⁾ A. Norden, Die Bedeutung des 20. Juli, in: Die Weltbühne, 2 (1947) 13, S. 556.

kanntlich davon ausgegangen, daß die westlichen Alliierten — im besonderen Großbritannien — ein substantielles Interesse daran haben mußten, daß die Sowjetunion nicht weiter nach Westen vordringen würde. Davor könnten sie sich nur mit Hilfe eines genügend starken Deutschlands und unter Einbeziehung des früheren Polens in einer westalliierten Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion schützen. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die junge Sowjetmacht in den zwanziger Jahren ihre Sicherheit durch die Westmächte und Polen bedroht sah und daß Deutschland durch den Vertrag von Rapallo aus einer möglichen antisowjetischen Einheitsfront ausschied.

Während der Zeit des Kalten Krieges wird der Widerstandskreis des 20. Juli immer deutlicher als antisowjetisch und imperialistisch eingestuft und der Bundesrepublik unterstellt, die damals gescheiterte Absicht des Goerdeler-Kreises heute mit Unterstützung der USA realisieren zu wollen. „Was damals ... die Absicht der Hintermänner der Verschwörer war, ist heute offizielle Bonner Politik: Unterordnung und Zusammengehen mit den westlichen imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager.“²⁷⁾

Dennoch verzichtet die DDR nicht vollständig auf die Einbeziehung des 20.-Juli-Widerstandes in ihre Nationalgeschichte. Während die Beck-Goerdeler-Gruppe der Traditionspflege der Bundesrepublik zugewiesen wird, werden die Offiziere um Stauffenberg und Mitglieder des Kreisauer Kreises sowie SPD- und Gewerkschaftsführer wie Leber, Reichwein, Haubach und Leuschner für die historische Tradition der DDR beansprucht. „Goerdeler gehört nach Bonn, Brüssel und Washington, Stauffenberg nach Berlin. Womit nicht der Kurfürstendamm gemeint ist, sondern die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, in der alles Gute, Anständige, Edle der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Politik seine Heimstatt gefunden hat — im Sinne Karl Marx', Karl Liebknechts, Ernst Thälmanns und Rudolf Breitscheids. Aber auch im Sinne des Grafen Claus Schenk von Stauffenberg.“²⁸⁾ In den sechziger Jahren

findet sich eine starke Häufung der publizistischen Äußerungen zu Stauffenberg²⁹⁾ und zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) — offenbar unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung patriotischen Bewußtseins in der Nationalen Volksarmee der DDR.

In diesem Sinne werden folgende Absichten der Stauffenberg-Gruppe hervorgehoben. Erstens: Die Ablehnung des Planes von Goerdeler, die Sowjetunion gemeinsam mit den Westmächten östlich der polnischen Grenze „einzudämmen“. Außerdem die Idee eines Ausgleichs mit der Sowjetunion und Polen, die einige Mitglieder der Gruppe um Stauffenberg unter dem Gesichtspunkt der Ausöhnung mit diesen, von NS-Deutschland überfallenen Ländern hatten. Und schließlich die Ablehnung einer einseitigen Westorientierung Deutschlands. Zweitens: Das Eintreten für eine Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Widerstand. Es wird darauf hingewiesen, daß Leber und Reichwein mit Billigung Stauffenbergs Kontakte zur KPD aufgenommen hatten, denen weitere mit dem Ziel eines Bündnisses folgen sollten³⁰⁾.

Nach all dem ist auch der Hinweis verständlich, daß sich Stauffenbergs Konzeption stark dem Programm des NKFD angenähert habe³¹⁾. Zwar ist im Grunde genommen nicht nachweisbar, ob Moskau im Gegensatz zur ablehnenden Haltung Washingtons und Londons zu Verhandlungen mit dem Widerstand des 20. Juli bereit gewesen wäre. Doch hatte sich die Sowjetunion immerhin mit dem NKFD und dem Bund deutscher Offiziere (BDO) auf ein „anderes Deutschland“ eingestellt, in welcher Weise sie auch immer mit dieser Gruppierung ihre Nachkriegs-Deutschland-Politik vorbereitet haben mochte. Partner in einer sowjetischen Deutschland-Konzeption hätte das NKFD ohnehin nur bei einer erheblich größeren Breitenwirkung werden können.

Es sei noch einmal angemerkt, daß die Bindung der DDR an die Sowjetunion — auch wenn diese nicht unbedingt ausschließlich sein muß — eine Voraussetzung ihrer Stabilität ist. An der Beurteilung des Widerstandes

²⁷⁾ Legende und Wahrheit einer Verschwörung, in: Das Volk, (1961) 5, S. 5. Vgl. H. Heitzer, Über unsere Stellung zu den westdeutschen bürgerlichen Historikern, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1958) 4.

²⁸⁾ K. E. von Schnitzler, Der Mythos des 20. Juli, in: Horizont, (1979) 29, S. 18.

²⁹⁾ So erschien 1967 die 1. Auflage der Stauffenberg-Biographie von K. Finker, Direktor des Instituts für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Potsdam: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin/DDR 1967.

³⁰⁾ K. Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin/DDR 1978¹, 1980².

³¹⁾ K. Finker, Stauffenberg, S. 208 ff.

in seiner Haltung zur UdSSR wird deutlich, daß der Rückgriff auf bestimmte historische Traditionen nicht nur die Aufgabe der Förderung eines DDR-Staatsbewußtseins hat, sondern gleichzeitig auch die der außenpolitischen Orientierung. Ein Beispiel dafür bildet auch die Neueinschätzung Bismarcks, der in dieser Hinsicht in eine Reihe mit Stauffenberg gestellt wird. Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, führte dazu aus: „Die Geschichte kennt Beispiele, wo Vertreter von Ausbeuterklassen,

ohne ihren klassenbedingten Erkenntnishorizont zu sprengen, sich den Blick auf die Realitäten zu bewahren ... vermochten. Dafür können in der deutschen Geschichte Persönlichkeiten wie Yorck von Wartenburg, Bismarck, Rathenau, Stauffenberg und Persönlichkeiten der Verschwörung vom 20. Juli 1944 stehen ...“. Bismarck sei in der Lage gewesen, „in wichtigen Fragen, insbesondere auf außenpolitischem Gebiet, nüchtern zu kalkulieren, für gute Beziehungen zu Rußland zu plädieren“³²⁾.

III. Schlußbemerkung

Zum Abschluß drängt sich die Frage auf, ob es zu einer größeren Gemeinsamkeit in der Beurteilung des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft kommen könnte. DDR und Bundesrepublik Deutschland haben sich grundlegend auseinanderentwickelt. Doch gibt es auch einen Grundbestand nationaler Gemeinsamkeiten. Dazu gehört nicht nur die Sprache, sondern auch eine gemeinsame Geschichte. Ein eigenes Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik und in der DDR kann sich nur bei einem eigenen Geschichtsbewußtsein entwickeln. Eine Beurteilung des Widerstandes, die verschieden ist, verwischt nationale Gemeinsamkeit; eine Annäherung in der Beurteilung kann zur Akzeptanz eines gemeinsamen historischen Erbes führen. Seit Mitte der sechziger Jahre spielt in der Bundesrepublik bei der Einschätzung des Widerstandes gegen das NS-Regime der 20. Juli 1944 nicht mehr die zentrale Rolle. Zunehmend wurde auch der linke Widerstand, der Widerstand aus der Arbeiterschaft bzw. ihrer politischen Gruppierungen einschließlich der Kommunisten gewürdigt.

Diese Einbeziehung anderer Widerstandsgruppen hing offensichtlich mit der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses und dem Charakter der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zusammen. Die einsetzende Entspannung im Ost-West-Konflikt — 1964 hatte der amerikanische Präsident L. B. Johnson die Absicht geäußert, „to build new bridges to Eastern Europe“ — entschärfte auch die ideologische Konfrontation zwischen den beiden Blöcken. Von jetzt an wurden Sachverhalte auch politisch ansprechbar, die bis dahin durch die alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Ost-West-Konfrontation unterdrückt worden wa-

ren. Einige Beispiele sollen diese Einschätzung illustrieren.

1964 hatte Bundespräsident H. Lübke in seiner Gedenkrede den antifaschistischen Widerstandskampf der Kommunisten neu bewertet. Er wies darauf hin, daß es unredlich wäre, wenn man ihnen unterschieben würde, daß sie nur als Handlanger einer fremden Macht gehandelt hätten. Fritz Erler, Stellvertretender SPD-Vorsitzender, stellte in seiner Gedenkrede 1966 fest, daß auch Kommunisten viele Opfer gebracht hätten. Aber gleichzeitig sprach er das besondere Problem im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander an: „Trotz des neuen Schreckensregimes jenseits der Mauer dürfen wir die Teilnahme der Kommunisten am Widerstand nicht einfach verschweigen.“³³⁾ Deutlich anders äußerte sich Bundespräsident Heinemann in seiner Gedenkrede 1969. Unter Vermeidung konfrontativer Bezüge zur DDR schloß er die Kommunisten in die Würdigung des Widerstandes ein und stellte fest, „sie alle handelten und starben für eine bessere Welt“³⁴⁾. K. von Dohnanyi, damals Staatsminister im Auswärtigen Amt, führte 1978 in seiner Gedenkrede aus, daß die Kommunisten auch NS-Gegner waren und es eine gefährliche Fehldeutung sei, Kommunisten und Faschisten gleichzusetzen. Damit wandte er sich gegen das in den fünfziger Jahren entwickelte Interpretationsmuster der Totalitarismuskritik, die ja beide politischen Herrschaftssysteme gleichgesetzt hatte. Zudem forderte von Dohnanyi: „Zur sogenannten Bewältigung unserer Vergangenheit gehört des-

³²⁾ Neues Deutschland vom 16. 12. 1983, S. 5.

³³⁾ BPA-Bulletin v. 22. 7. 1966, Nr. 96, S. 765.

³⁴⁾ BPA-Bulletin v. 22. 7. 1969, Nr. 96, S. 827.

wegen auch eine Aufarbeitung des Kommunismus der 20er Jahre in Deutschland und eine Analyse seiner demokratischen Ansätze sowie seiner revolutionären Irrtümer.“³⁵⁾

Dieses Problem anzugehen, heißt natürlich auch sich daran zu erinnern, daß die kommunistische Einschätzung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ in der Weimarer Republik das Zusammenwirken beider Parteien bei der Abwehr des Nationalsozialismus verhinderte.

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß bei der Konstruktion von Ahnenreihen der deutschen Geschichte durch die DDR Beck und Goerdeler ihren Platz in der Bundesrepublik erhalten haben. Auch 1979 übersah K. E. von Schnitzler noch, daß die sozialliberale Koalition die Verständigung mit der UdSSR gesucht hatte und durch den Abschluß des Moskauer Vertrages von 1970, kurz nach dem 26. Jahrestag des 20. Juli 1944, der Ausgangspunkt im gegenseitigen Normalisierungsprozeß gesetzt worden war. Vergleichbare Absichten aus dem Stauffenberg-Kreis finden sich also in der Außenpolitik der Bundesrepublik wieder. In diesem Zusammenhang sollte die Gedenkrede des damaligen Bundesministers der Justiz, G. Jahn, bei der Feierstunde am 20. Juli 1970 hervorgehoben werden³⁶⁾. Er stellte einen Bezug zwischen dem 20. Juli und der Begegnung zwischen Brandt und Stoph in Erfurt am 19. März 1970 her, weil beide Ereignisse die Chance geboten hätten, mit Frieden und Verständigung in Europa Ernst zu machen³⁷⁾. Die DDR reagiert auf diese Veränderungen in der Würdigung des Widerstandes

³⁵⁾ BPA-Bulletin v. 8. 8. 1978, Nr. 87, S. 824.

³⁶⁾ BPA-Bulletin v. 22. 7. 1970, Nr. 99, S. 969.

³⁷⁾ Brandt hatte aus diesem Anlaß im ehemaligen KZ-Buchenwald zur Ehrung der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den ersten Kranz der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege niedergelegt.

in der Bundesrepublik abwehrend, und sie muß es auch. Wenn sie zur Gewinnung nationaler Identität eine eigene Nationalgeschichte benötigt, dann ist es erforderlich, Ansprüche der Bundesrepublik auf die demokratischen, revolutionären, antifaschistischen Elemente der deutschen Geschichte, die zu einem ähnlichen Traditionsbild führen könnten, abzuwehren. Mit der Einbeziehung des linken Widerstandes in der Bundesrepublik gerät der Alleinvertretungsanspruch der DDR für diese Traditionslinie in Gefahr. Hier scheint ein unlösbares Dilemma zu bestehen: Aus einem Aufeinanderzugehen resultiert ein Abgrenzungsbedürfnis der DDR — eben weil sie zu ihrer Legitimation eine eigene Identität braucht. Aber vielleicht hat der Wettbewerb um Traditionslinien des deutschen Widerstandes, wie der deutschen Geschichte überhaupt, durchaus wünschenswerte Ergebnisse zur Folge, so wie es der damalige Vizepräsident des deutschen Bundestages, R. von Weizsäcker, bei der Gedenkfeier am 20. Juli 1980 angedeutet hat: „Da gibt es zum Beispiel eine Neubelebung von geistigen Epochen und Persönlichkeiten der Geschichte im anderen deutschen Teilstaat. Zwar dient dies im offiziellen Auftrag einer Gegenwartsideologie. Die geschichtlichen Vorbilder für eine progressive Nation in der DDR sollen ermittelt werden gegen die reaktionären Ahnherren einer anderen deutschen Teilnation. Manche bei uns sind beunruhigt, da sie fürchten, daß ihnen auf diesem Weg jetzt zum Beispiel Martin Luther aus Anlaß seines 500. Geburtstages entfremdet werden könnte. Aber diese Sorgen sind unbegründet. Ein Wettbewerb um den fortdauernden Wert geistiger Strömungen und Persönlichkeiten der Geschichte kann nur die Einsicht in das Wesentliche und damit Gegenwärtige vertiefen.“³⁸⁾

³⁸⁾ Pressedokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1980.

Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung

Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich

I.

Das historische Urteil über die Rolle der sozialdemokratischen Führung bei der schleichenden „Machtergreifung“ der Jahre 1930/33 sowie über die Funktion der Bürogemeinschaft der Sopade (Selbstbezeichnung des Exilvorstands der SPD) im sozialistischen Exil und Widerstand ist, so scheint es, gesprochen. Die zögernd-unentschlossene Haltung des Parteivorstandes, der nur halbherzig bereit war, die Bastione der von Anfang an gefährdeten Republik zu verteidigen, verfällt einhellig scharfer Kritik, bei Zeitgenossen kaum weniger als in der Forschung¹⁾. Die attentistisch-legalistischen Verhaltensmuster einer überalterten unflexiblen Parteiführung, die, einer fatalen „Theorie der Untätigkeit“ (Matthias) folgend, sich primär auf den Erhalt der Organisation richteten, waren allerdings langfristig angelegt. Das System des „Organisierten Kapitalismus“ (Hilferding) hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung tiefe Spuren hinterlassen²⁾. Das rasche Tempo der Hochindustriali-

sierung verkürzte den notwendigen politisch-ökonomischen Lernprozeß des Proletariats und verhinderte eine ausreichende Einübung in kollektive Handlungsstrukturen. Die Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterklasse wurden weitgehend von oben aufgebaut. Die Emanzipation der Klasse war immer schon tendenziell identisch mit ihrer Integration in die bestehende Gesellschaft, einer Integration freilich, die zumindest bis zum Ersten Weltkrieg als „negative“ zu bezeichnen ist. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Institutionen waren ein konstitutiver Bestandteil des wilhelminischen Systems, ohne daß eine tatsächliche politisch-soziale Gleichberechtigung der Arbeiter erreicht wurde. Die verweigerte Anerkennung wurde kompensiert durch einen ausgeprägten Organisationsfetischismus. Einer perfektionierten und hochzentralisierten Partei- und Gewerkschaftsbürokratie wurde die Selbsterhaltung zum obersten Ziel; sie ließ Basisaktivitäten in einer zunehmend verkrusteten Organisationshierarchie verkümmern. Was sich als kritisch wirkendes Gegenbild zur bürokratisch-feudalen wilhelminischen Gesellschaft verstand, geriet alsbald in Gefahr, zu ihrem Spiegelbild zu werden.

Die „Massenstreikdebatte“ (1905) dokumentiert auf exemplarische Weise den „revolutionären Attentismus“ (Groh) der sozialdemokratischen Führung. Ein fataler Dualismus von verbal-revolutionärer Radikalität und tatsächlich praktizierter reformistischer Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft lähmte Führung und Basis der Partei, als es darauf ankam, die politische Weichenstellung entscheidend zu beeinflussen. Der Kriegsausbruch 1914 und die Revolution 1918/19 trafen die Sozialdemokratie unvorbereitet: Theoretisch lange Zeit auf das Ende des Systems eingestellt, praktisch seinen Erhalt betreibend, waren die deutschen Sozialdemokraten weitgehend überfordert, die Subjektrolle im histori-

¹⁾ Zur Geschichte der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich vgl. R. Hunt, *German Social Democracy 1918—1933*, New Haven/London 1964; W. Luthardt (Hrsg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927—1933*, 2 Bde. Frankfurt/M. 1978; E. Anderson, *Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Nürnberg 1948; H. Schulze (Hrsg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn-Bad Godesberg 1975; L. J. Edinger, *German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era*, Berkeley/Los Angeles 1956; E. Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: E. Matthias/R. Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 101 ff; ders., *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938*, Stuttgart 1952; B. Hebel-Kunze, *SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932—1935*, Frankfurt/M. 1977.

²⁾ Zum „Organisierten Kapitalismus“ vgl. H. A. Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974.

schen Prozeß zu übernehmen. Noch die Weimarer SPD erscheint durch entschieden anachronistische Verhaltensmuster geprägt; unentschlossen, ob sie auf bewußte Integration oder auf eine kämpferische Alternative zum Weimarer System setzen sollte, wurde sie ein frühes Opfer der faschistischen Reaktion, die rechtzeitig und mit effizienten Mitteln zu bekämpfen die organisierte Arbeiterbewegung versäumt hatte³⁾.

Die ebenso unzeitigen wie heillosen Quereilen in Parteiführung und Reichstagsfraktion zwischen der „Machtergreifung“ und dem Verbot der Partei am 22. Juni 1933 vermögen diesen Befund eher zu bestätigen. Der Streit zwischen Berlin und Prag, der mit der Formel von Anpassung und Widerstand nur sehr unzureichend erfaßt wird, manifestierte nicht allein die Gefahr einer Spaltung der Organisation; er wirkte verheerend für die Motivation des mittleren Funktionärskorps und erst recht der Parteibasis, die vergebens auf ein Signal wartete, und wäre es auch nur das Signal zum geordneten Rückzug in die Illegalität gewesen. Nichts vermag eindrucksvoller die organisationspolitische Fixierung der Sopade zu belegen als das erste Rundschreiben des Parteivorstandes an die Vertrauensleute und Sekretäre vom 12. Juli 1933, in dem ausführlich die Fragen einer Mitgliedskarte und der Einführung eines regelmäßigen Parteibeitrages für die im Exil lebenden Genossen erörtert wurden⁴⁾.

Ein Blick auf die großen Auseinandersetzungen im sozialistischen Exil bietet ein ähnliches Bild. Die „Fehlerdebatte“, die noch im August 1933 mit dem Erscheinen von „Neu Beginnen“ eröffnet wurde, endete bereits im

II.

Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wäre allenfalls zu rechtfertigen, wenn sich herausstellen sollte, daß wichtige Teile des Beweismaterials nicht oder nur unzureichend und

³⁾ Dazu H. Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und die Anfänge des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/M. 1974, und allgemein: D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Frankfurt/M. 1973.

⁴⁾ Vgl. dazu den Aktenbestand der Emigration Sopade (ES) im Archiv der sozialen Demokratie in Bad Godesberg, Mappe 6.

Januar 1934 höchst unbefriedigend mit dem „Prager Manifest“, einem Dokument in der problematischen Tradition des „revolutionären Attentismus“⁵⁾. Hinter der sozialrevolutionären Wortgebärde tritt die Absicht der Sopade-Bürogemeinschaft nur zu deutlich hervor, ihre Leitungsfunktion im sozialdemokratischen Exil zu festigen. Als „Mandatsempfänger“ der alten Organisation, als „Treuhand“ der im Entstehen begriffenen „revolutionären Organisation“ im Inland suchte sie die auseinanderdriftenden Gruppen ihrer Kritiker programmatisch zu binden. Der realpolitische Gehalt dieses Programms ist seiner taktisch-organisatorischen Bestimmung deutlich untergeordnet. Als das Kalkül nicht aufging, geriet das „Prager Manifest“ binnen kürzester Zeit in Vergessenheit. Beim Zwist um die Böchel/Aufhäuser-Gruppe und die Revolutionären Sozialisten Deutschlands (1934/37), in der Diskussion um Einheitsfront und Volksfront (1935/37), bei der „Konzentrationsdebatte“ in Prag und Paris (1938), die mit dem Ausschluß von Paul Hertz aus dem Parteivorstand endete: überall zeigt sich, daß die Parteiführung Sammlungsbewegungen und programmatische Auseinandersetzungen im Exil mit starrem Blick auf den zunehmend zum Selbstzweck werdenden Erhalt der Organisation begrenzte, ja lähmte. Die Intransigenz der Sopade, das bleibt festzuhalten, hat eine wirksame politische Regeneration der sozialistischen Bewegung eher behindert als gefördert. Ob der organisationspolitische Preis für eine freie Diskussion und eine neue Legitimation der Parteiführung zu hoch gewesen wäre, läßt sich im nachhinein nur schwer erkennen. Die Beweislast für das Versagen der Sopade jedenfalls, so scheint es bislang, ist erdrückend.

oberflächlich zur Kenntnis genommen worden sind. Genau dies aber ist der Fall, be-

⁵⁾ Abgedruckt in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. von D. Dowe und K. Klotzbach, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 213—226; vgl. dazu auch: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von E. Matthias, Düsseldorf 1968, S. 197ff.; zu den Auseinandersetzungen im sozialdemokratischen Exil vgl. auch: G. Plum, Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933—1939, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, (1970) 18, S. 410—442.

trachtet man den Beitrag der Sopade zum Widerstand im Dritten Reich. Lange Zeit hat die ideen- und organisationsgeschichtlich ausgerichtete Forschung die Besonderheit der sozialdemokratischen Widerstandstätigkeit verkannt und ihre Bedeutung relativ gering geschätzt. Erst allmählich und kaum zufällig parallel mit der schrittweisen Erweiterung eines Widerstandskonzepts, das zunächst allein auf die konspirative Tätigkeit illegaler Gruppen zugeschnitten war, findet der sozialdemokratische Widerstand die Beachtung, die er verdient⁶⁾. Schon im Mai 1933, noch vor dem Verbot der Partei also, hatte die Sopade von Prag aus ihre publizistische Tätigkeit aufgenommen. Am 18. Juni erschien die erste Nummer des „Neuen Vorwärts“, der nach dem Vorbild des „Sozialdemokrat“ unter dem Sozialistengesetz (1879—1890) vom Ausland her die Aufrechterhaltung der parteibezogenen Öffentlichkeit gewährleisten sollte. Ab Herbst 1933 folgte die „Sozialistische Aktion“, die, in Kleinformat, besonders für die Verbreitung im Inland bestimmt war. In der „Zeitschrift für Sozialismus“ besaß die Sopade ein Organ für die theoretische Auseinandersetzung im Exil. Hinzu kam eine Vielzahl von Flugblättern und getarnten Broschüren, die zusammen bis 1938 eine Millionenaufgabe erreichten. Der Erfolg dieser publizistischen Aktivitäten im Reich selbst darf wohl nicht zu hoch veranschlagt werden. Sie dienten weniger agitatorischen Zwecken als der Stabilisierung eines lockeren Zusammenhalts unter den früheren Mitgliedern der organisierten Arbeiterbewegung. Sie demonstrierten die Präsenz einer ansonsten totgeschwiegenen bzw. zum Verstummen gebrachten politischen Opposition.

Das nationalsozialistische Regime monopolisierte in kurzer Zeit die überlieferten Träger der bürgerlichen Öffentlichkeit (Presse, Rundfunk), an der auch der Apparat der organisierten Arbeiterbewegung (Parteien, Gewerkschaften, Verbände) partizipiert hatte⁷⁾. Die

⁶⁾ Vgl. dazu neuerdings: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933—1945. Grundlagen und Materialien, hrsg. von M. Geis et al., Bonn 1982; R. Löwenthal und P. von Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933—1945, Berlin/Bonn 1982.

⁷⁾ Dazu im weiteren: J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1962, und O. Negt/A. Kluge, Öffentlichkeit und

Sopade setzte nach wie vor auf die ungebrochene Wirksamkeit dieses Modells bürgerlicher Öffentlichkeit, obwohl dessen mangelnde politische Effizienz schon in den Krisenjahren der Weimarer Republik unter Beweis gestellt worden war. Läßt sich der Gebrauchswert von Öffentlichkeit daran messen, inwieweit es ihr gelingt, die gesellschaftliche Erfahrung ihrer Träger angemessen zu organisieren, so wäre wohl schon für die Weimarer Jahre festzustellen, daß die Parteipresse sich weit von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen ihres tatsächlichen und ihres potentiellen Publikums entfernt hatte. Unter den Bedingungen des totalen Staates aber mußte das Erfahrungsinteresse der früheren Mitglieder der organisierten Arbeiterbewegung nahezu gänzlich unbefriedigt bleiben. Für den einzelnen vollzog sich der Aufbau von Erfahrung extrem partikular; gewonnene Erfahrungen lagen brach, blieben fragmentarisch und isoliert, unverbunden, eben: unorganisiert. Die Organisation von Erfahrung konnte unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Informationsdiktatur letztlich nur im Exil erfolgen, einem Ort, der denkbar entfernt war vom Erfahrungshorizont der in Deutschland Lebenden und wie geschaffen, eine Lagermentalität mit den ihr eigenen ideologischen Wahrnehmungsverzerrungen auszubilden.

So wie die gesellschaftliche Erfahrung der in der Illegalität Arbeitenden großenteils unorganisiert blieb, so befand sich die politische Organisation in steter Gefahr, sich zu verselbständigen. Organisationsinteresse und Erfahrungsinteresse blieben weitgehend unverbunden. Von hier aus erscheint es verständlich, daß die Parolen und Einschätzungen der Sopade im Inland nicht selten auf Ablehnung stießen, die vermeintliche Aufklärung als fremd und den eigenen Problemen gegenüber nicht angemessen empfunden wurde⁸⁾. Die politisch relevante Organisation von gesellschaftlicher Erfahrung aber ist die Bedingung der Möglichkeit eines effizienten kollektiven Widerstandes im totalen Staat.

Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972.

⁸⁾ Dieser Befund stützt sich auf eine Durchsicht der monatlichen Berichte der Grenzsekretäre im Aktenbestand Emigration Sopade und der sog. Rinner-Korrespondenz (RK).

III.

In diesem Zusammenhang ist nun auf die „politische Berichterstattung“ der Sopade einzugehen, der wohl originellsten und zugleich effektivsten Form sozialdemokratischen Widerstands im Dritten Reich. Bereits im Sommer und Herbst 1933 hatte die Sopade, teilweise erheblich unterstützt durch die früheren Bezirksleitungen der Partei, mit dem Aufbau sogenannter Grenzsekretariate begonnen⁹⁾. Die Grenzsekretäre bezogen feste Standorte meist in der Nähe der deutschen Reichsgrenze, von denen aus sie bestimmte Gebiete der früheren Parteigliederung betreuten. Die wichtigsten Grenzsekretariate waren: Kopenhagen (Richard Hansen), Bodenbach (Otto Thiele), Reichenberg (Emil Stahl), Trautenau (Franz Bögler), Karlsbad (Willi Lange/Kurt Weck), Mies (Hans Dill), Neuern (Waldemar von Knoeringen), St. Gallen (Erwin Schoettle), Straßburg/Luxemburg (Georg Reinbold), Brüssel (Gustav Ferl), Arnheim/Antwerpen (Ernst Schumacher). Die von der Sopade besoldeten Sekretäre verfügten in der Regel über eigene Erfahrungen in der von ihnen betreuten Region. Bis 1938, als die Sopade gezwungen war, ihren Sitz von Prag nach Paris zu verlegen, waren die Grenzsekretariate die wichtigste organisatorische Schaltstelle für die Kommunikation der Zentrale mit den Illegalen in Deutschland. Erst der nach Westen und Norden ausgreifende Krieg hat das Verbindungssystem der Sekretariate endgültig zerstört.

Im Rahmen der sozialdemokratischen Widerstandstätigkeit hatten die Grenzsekretariate im wesentlichen vier Aufgaben: 1. Sie organisierten die Verteilung illegalen Materials im Reich, soweit dies außerhalb der Grenzen und durch gelenkte Kuriersysteme möglich war. 2. Sie bemühten sich um die Koordination lokaler und regionaler Widerstandszirkel in ihren Bezirken und versuchten auf diese Weise, zwischen der dezentral wirkenden Opposition im Reich und der Sopade in Prag bzw. Paris zu vermitteln. 3. De facto fungierten die Grenzsekretäre, von der Bürogemeinschaft mehr oder minder argwöhnisch geduldet, als die wichtigsten Repräsentanten der sozialdemokratischen Parteigliederungen im Exil. Wenn auch durch Ernennung und Besoldung

existentiell abhängig von der Zentrale, erwarben sie doch durch ihre illegale Arbeit eine zuweilen beträchtliche Autorität, die in weitgehender Selbständigkeit und nicht selten auch in scharfer Kritik an der Sopade-Führung ihren Ausdruck finden konnte¹⁰⁾. Die Sopade hat die Grenzsekretäre zu keinem Zeitpunkt formell als (wie auch immer vermittelt) repräsentative Vertreter der Partei in der Illegalität anerkannt. Damit wurde sicherlich die Chance vertan, das chronische Legitimationsdefizit für das erworbene Mandat abzubauen. Doch auch ohne formelle Anerkennung wurden die Grenzsekretariate zu einer der wichtigsten Einrichtungen des sozialdemokratischen Exils. Obwohl sich ihre Tätigkeit in der Regel getarnt vollzog, gewannen sie für die deutschen Emigranten in den jeweiligen Gastländern einen quasi-konsularischen Status. Ihre Bedeutung für die Herstellung z. T. lebenswichtiger Kontakte, für die soziale und politische Betreuung der aus Deutschland vertriebenen früheren Mitglieder der organisierten Arbeiterbewegung war beträchtlich. 4. Eine überaus wichtige Rolle spielten die Grenzsekretäre schließlich für die Informationsbeschaffung im Rahmen der „politischen Berichterstattung“ der Sopade.

Die Organisation der politischen Berichterstattung und die redaktionelle Überarbeitung ihrer Ergebnisse in den „Deutschland-Berichten“ der Sopade war vor allem das Werk Erich Riners¹¹⁾. Der promovierte Volkswirt Rinner war, wie er selbst rückblickend feststellte, „in die Politik mehr durch eine Hintertür hineingekommen“¹²⁾. Von 1928 bis 1930 Privatsekretär Rudolf Hilferdings im Reichsfinanzministerium, war er am 31. Juli 1932 in den Reichstag gewählt worden. Für kurze Zeit, seit dem 26. April 1933, war er Mitglied des Parteivorstands der SPD, vom 19. Juni zugleich Angehöriger des „Direktoriums“ in Berlin. Im Oktober 1933 wurde er Mitglied der Sopade in Prag. Rinner bezeichnete sich selbst als „Außenseiter“ in der Bürogemeinschaft. Anders als seine Kollegen hatte er weder eine Funktionärskarriere noch eine journalistische Tätigkeit hinter sich. Für Rinner selbst war eine

⁹⁾ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte XXI, 1981, S. 329—383, bes. S. 332 ff.

¹⁰⁾ Vgl. ebd., S. 340 ff.

¹¹⁾ Vgl. die Neuausgabe der Deutschland-Berichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934—1940, hrsg. von K. Behnken, Frankfurt/M. 1980.

¹²⁾ So E. Rinner in einer Aufzeichnung vom 1. Dezember 1981.

Art „wissenschaftlich-historisches“ Selbstverständnis ausschlaggebend für seine politische Tätigkeit, eine Einschätzung, die in der politischen Berichterstattung ebenso wie bei der Redaktion der „grünen Berichte“ vollauf Bestätigung findet.

Der Aufbau einer systematischen politischen Berichterstattung, zunächst für eigene Zwecke der Sopade, ging auf einen Vorschlag Otto Wels' zurück. Der sozialdemokratische Nachrichtendienst basierte auf den monatlichen Berichten der Grenzsekretäre, in denen diese auf den jeweiligen Bezirk bezogenes Material zusammenstellten, das von einer Vielzahl einzelner Informanten zusammengetragen wurde. Berichtersteller der Sopade fanden Zugang zu den wichtigsten Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in seiner lokalen und regionalen Konkretisierung. Die Identität der einzelnen Berichtersteller ist nur in wenigen Fällen bekannt. Es muß jedoch als sicher gelten, daß die meisten Informanten frühere Angehörige der organisierten Arbeiterbewegung waren. In den Monatsberichten der Grenzsekretäre kamen so Beobachtungen und Einschätzungen verschiedenster Provenienz zusammen. Direkte Berichte aus Betrieben, Büros, Kasernen und Schulen, Stimmungsbilder, Gesprächsaufzeichnungen, Meldungen und Kommentare der Bezirksberichtersteller standen neben Zeitungsausschnitten, Lohnstatistiken, Flugblättern und Anschlägen, Briefausschnitten und Anmerkungen des Grenzsekretärs.

„Es kommt darauf an, die verschiedenen Stützpunkte zur systematischen Beobachtung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorgänge anzuhalten und sie immer wieder erneut auf die Bedeutung der regelmäßigen Nachrichtenbeschaffung hinzuweisen.“¹³⁾ Systematische Beobachtung möglichst vieler Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Dritten Reichs, Beobachtungen von Insidern, die regelmäßig und auf längere Zeit die gleichen Objekte untersuchen: dies sind die wichtigsten Charakteristika des Rinner'schen Konzepts. Eine derart „organisierte“ Berichterstattung wurde in erster Linie durch die Konzeption und Weiterentwicklung von Beobachtungs-Schemata ermöglicht, die die Nachrichtengewinnung strukturieren. Alle Berichtersteller waren aufgefordert, ihre Beobachtungs- und Sammlertätigkeit auf

diese Schemata zu beziehen. Das „Grund-Schema für die Nachrichtenbeschaffung“, das im Rundschreiben des Parteivorstands vom 18. April 1934 mitgeteilt wurde, enthielt die folgenden Bereiche: Allgemeine Situation in Deutschland, Wirtschaft, Sozialpolitik und Landwirtschaft (hier Arbeitsmarkt und Arbeitsbeschaffung, Betriebsberichterstattung), Korruption, Wehrmacht und Polizei, Verwaltung, gegnerische Organisationen, die Bewegung in den illegalen Organisationen, Vorgänge bei den Kirchen, Rüstungen, Verhaftungen und Verurteilungen¹⁴⁾. Das Schema der Betriebsberichterstattung war noch einmal untergliedert. Es bestand aus 18 Fragen, die die wirtschaftliche Lage des Betriebs, die Produktion, Investitionsvorhaben, Export- und Rohstoffprobleme, den Beschäftigungsstand, die Zusammensetzung der Belegschaft, Stärke und Rolle der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisationen), die Löhne und Gehälter, die Vertrauensratswahlen, die Stimmung der Arbeiter und Angeestellten, die Arbeit illegaler Gruppen im Betrieb und nicht zuletzt gewerkschaftliche Aktivitäten betrafen.

Das Schema erhob keinen Anspruch auf Vollständigkeit; es sollte Unterstützung leisten bei der Beobachtung, Anhaltspunkte für die Auswahl des Berichtswertes geben. Die Rundschreiben des Parteivorstands an die Grenzsekretäre reagierten in vorsichtiger Weise auf mögliche neue Entwicklungstendenzen, sie erweiterten oder modifizierten das Schema je nach den aktuellen Erfordernissen. Zugleich strebten sie eine Verbesserung der laufenden Berichterstattung an¹⁵⁾.

Aus einer redaktionellen Überarbeitung der monatlichen Berichte aus den Grenzsekretariaten gingen die „grünen Berichte“ hervor, die „Deutschland-Berichte“ der Sopade, die zwischen 1934 und 1940 von Erich Rinner, unter gelegentlicher Mithilfe von Fritz Heine, herausgegeben und vertrieben wurden. Auf die Berichte selbst ist hier im einzelnen nicht einzugehen; ihre eminente Bedeutung als Quelle einer Gesellschaftsgeschichte des Dritten Reiches ist in den letzten Jahren, insbesondere seit Erscheinen der Frankfurter Neuausgabe 1980, zunehmend erkannt worden. Worauf es ankommt, ist vielmehr der Zusammenhang zwischen der politischen Berichterstattung und dem Widerstandskonzept der Sopade. Kollektiver Widerstand im tota-

¹³⁾ Rundschreiben des Parteivorstands an die Grenzsekretäre vom 18. April 1934, ES Mappe 7.

¹⁴⁾ Ebd.

¹⁵⁾ Dazu die Rundschreiben des Parteivorstands, ES Mappe 7—11.

len Staat, so wurde oben formuliert, hat die politische Organisation gesellschaftlicher Erfahrung zur bedingenden Voraussetzung. Die Aufrechterhaltung und Herstellung von Kommunikationsstrukturen gehört — unter den Bedingungen totalitärer Systeme — zu den konstitutiven Formen politisch relevanten sozialen Widerstands. In diesem Zusammenhang gewinnen die in den „Deutschland-Berichten“ überlieferten Erfahrungen der „teilnehmenden Beobachter“ eine neue Relevanz. In ihnen manifestiert sich eben jene gesellschaftliche Erfahrung, deren politisch intendierte Organisation zu den effektivsten Formen kollektiven Widerstands zu zählen wäre. Im September 1939, wenige Tage nach Kriegsbeginn, findet sich in einem von Erich Rinner gefertigten Exposé über die „Deutschland-Berichte“ die Feststellung: „Die politische Be-

richterstattung aus Deutschland, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit 1934 organisiert ... hat, war von Anfang an ein Mittel unseres politischen Kampfes gegen Hitler.“¹⁶⁾ Der hier angedeutete Zusammenhang zwischen politischer Berichterstattung und Widerstand gegen das Regime ist von Rinner in mehreren Beiträgen zum Teil B der „Deutschland-Berichte“ (zusammenhängende Auswertungen der Berichte zu Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik des Dritten Reichs) systematisch entfaltet worden. Hier zeichnen sich die Umriss eines Widerstandskonzepts der Sopade ab, dessen Bedeutung und Tragweite bislang kaum ausreichend zur Kenntnis genommen worden sind.

IV.

Kaum zufällig kam Rinner in seinem Aufsatz über „Die illegale Arbeit“ vom November 1935 auf die revolutionären Wirren von 1918/19 zu sprechen¹⁷⁾. Das deutsche Volk sei damals nicht fähig gewesen, die „furchtbare Erbschaft“ des kaiserlichen „Gewaltregiments“ bewußt und produktiv anzutreten. Die Überwindung eines Regimes setze nicht allein dessen gewaltsamen Sturz voraus, sie habe vielmehr „eine tiefe innere Wesensänderung unseres Volkes“, die „Überwindung jenes Untertanen-Ungeistes, der das Produkt unglücklicher Anlagen und einer unheilvollen Geschichte ist“, zur Voraussetzung (B 4). Zwar muß als Ausgangspunkt jeder illegalen Arbeit und als die umfassende Antwort auf die Frage nach ihrem Sinn zugleich gelten: „Das System bricht nicht von allein zusammen, es muß gestürzt werden“ (B 3). Doch reichen Agitation und Organisation für die Vorbereitung des Umsturzes bei weitem nicht aus. Notwendig ist ein umfassender „geistig-moralischer Reifeprozess“, der unter den Bedingungen der Illegalität nach Kräften gefördert werden muß. Dabei läßt Rinner keinen Zweifel daran, daß dieser langfristig angelegte kollektive Lernprozess keineswegs mit den traditionellen Mitteln der heimlichen Agitation, Flugblättern, Parolen und Broschüren zu bestreiten ist. „In der illegalen Arbeit ist kein Platz für oberflächli-

che Illusionisten und bauernschlaue Parolenschuster“ (B 7). Die fundierte Auseinandersetzung mit den Tatsachen des nationalsozialistischen Regimes ist die erste Voraussetzung für jeden Versuch ihrer umfassenden Veränderung. Die „Entzauberung der Massen“, so heißt es, stand am Beginn noch jeder Revolution.

Die ausführliche Untersuchung verschiedener Techniken der illegalen Arbeit läßt erneut deutlich werden, daß Riners Widerstandskonzept nicht auf konventionelle konspirativ-agitatorische Taktiken setzte, sondern auf einen längerfristig vorgestellten Lernprozess sozialer Gruppen, der als Grundbedingung für eine gründliche gesellschaftlich-politische Umwälzung begriffen wird. Die Perspektive des disziplinierten Organistors der politischen Berichterstattung, auf deren Ergebnisse sich die Überlegungen dieses Konzepts stützen konnten, war auf eine längere Dauer des Regimes eingestellt. Durch kurzfristige Illusionen, die die illegale Arbeit in und außerhalb Deutschlands immer wieder erheblich beeinträchtigten, waren Riners Einschätzungen nicht getrübt.

Straff organisierte Kader, gegeneinander abgedichtet und nach außen hermetisch abgeschlossen, hielt Rinner nur bei einem internen Organisationsziel, also bei einem bewußten Verzicht auf Außenwirkung, für sinnvoll. Die Erfolge der Gestapo, die häufig illegale Kader durch eingeschleuste Spitzel aufrollen konnte, ließen das Sicherheitsrisiko bei dieser

¹⁶⁾ Das Exposé ist datiert vom 14. September 1939, ES Mappe 18.

¹⁷⁾ Deutschland-Berichte November 1935, B 1—24.

Technik der Illegalität als unverhältnismäßig hoch erscheinen. Skeptisch blieb Rinner auch gegenüber der besonders von den Kommunisten angewandten Technik des ‚trojanischen Pferdes‘¹⁸⁾. Die bewußte Unterwanderung der faschistischen Massenorganisationen (DAF, NS-Volkswohlfahrt etc.) und die gezielte Infiltration der betrieblichen Institutionen der nationalsozialistischen Sozialpolitik (Vertrauensrat, Werkscharen etc.) verfolgte einen doppelten Zweck. Einerseits sollte hier der Spielraum für die Wahrnehmung tatsächlicher ökonomisch-sozialer Interessen der Arbeiter ausgelotet werden; andererseits drohte den betreffenden Institutionen eine progressive Zersetzung. Rinner zieht in Zweifel, ob Zersetzung eine sinnvolle organisatorisch-technische Aufgabe der illegalen Arbeit sein kann. Das Dritte Reich unterschied sich allzusehr vom zaristischen Rußland, in dem diese Technik des Widerstands ihren historisch angemessenen Ort hatte. Die Infiltration staatlicher oder parteilicher Stellen trüfe heute auf gänzlich veränderte Bedingungen. „Was aber damals offene Propaganda sein konnte, das müßte heute ein Spiel mit der Maske vor dem Gesicht sein“ (B 13). Das Ausmaß an organisatorischer Gleichschaltung und der Organisationsstand des Bewußtseins haben im totalen Staat einen Grad erreicht, bei dem Zersetzungsarbeit beinahe nurmehr um den Preis einer „Spaltung der Persönlichkeit“ geleistet werden kann.

Auch der zweite Effekt der Unterwanderung, die quasi-gewerkschaftliche Instrumentalisierung faschistischer Organisationen, birgt nach Rinner schwerwiegende Probleme, die eine Anwendung dieser Taktik letztlich als nicht geraten erscheinen lassen. Zwar stellt auch er, gestützt auf Erfahrungen der Betriebsberichterstattung der Sopade, fest: „Wenn es gelänge, innerhalb der faschistischen Organisationen wirklich etwas für die Arbeiter zu leisten, wenn es nur auf die richtige Technik ankäme, um in diesen Organisationen einen noch so bescheidenen Spielraum für organisatorische Betätigung zu finden, dann müßte von einer solchen Möglichkeit unter allen Umständen Gebrauch gemacht werden“¹⁹⁾ (B 14). Doch läßt der für faschisti-

sche Organisationen charakteristische Zwang zur völligen Gleichschaltung nur eine — letztlich fatale — Alternative zu: Entweder der Illegale gibt seine eigentlichen Interessen partiell zu erkennen und hebt damit — unter lebensgefährlichen Risiken — die legale Tarnung auf, oder aber die von ihm erkämpften Erfolge werden der NS-Organisation selbst zugeschrieben.

Die wichtigste Aufgabe der illegalen Arbeit sieht Rinner, daran läßt der Artikel keinen Zweifel, in der Aufrechterhaltung resp. der Wiederherstellung der Solidarität der Arbeiterschaft. Das Organisationsmonopol der Nationalsozialisten ist mit gutem Grund auf die Zerstörung der proletarischen Lebens- und Arbeitswelt als Solidaritätsgemeinschaft gerichtet. Für das Widerstandskonzept der Sopade bedeutet dies: „Gelingt es nicht, den Arbeitern die Bedeutung solidarischen Handelns wieder zum Bewußtsein zu bringen, dann sind auch alle anderen Formen illegaler Arbeit zur Erfolgslosigkeit verurteilt“ (B 17).

Der Betrieb ist der Ort, an dem solidarisches Handeln sich selbst unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft noch ansatzweise zu entfalten vermag. Folgerichtig ist der Betrieb das Zentrum der Widerstandstätigkeit der Sopade. Anzuknüpfen ist dabei an die Beobachtungen und Erfahrungen, die die Berichterstatter in den Betrieben gesammelt haben. Die „primitiven“ Ansätze eines Klassenkampfes in der „Betriebsgemeinschaft“ bilden den Ausgangspunkt für die Aktivität sogenannter „illegaler Betriebsvertrauensleute“, die untereinander, wenn überhaupt, dann nur in einem sehr losen Zusammenhang stehen. Aufschlußreich ist die Festlegung der Aufgaben, wie Rinner sie für diese Betriebsvertrauensleute vornimmt. In erster Linie sind sie „Beobachter und demgemäß auch Berichterstatter“! Sie haben die Vorgänge im Betrieb, Lohnentwicklungen, Akkordgestaltung, Arbeitstempo usw. genau zu verfolgen. Regelmäßige Berichterstattung läßt diese Arbeiter gewissermaßen eine politisch lehrreiche ‚Schule der Tatsachen‘ durchlaufen. „Die Betriebsberichterstattung ... schafft zugleich die Voraussetzungen für einen Austausch der Erfahrungen und Nachrichten und für gegenseitige Befruchtung“ (B 20). Die Organisation der in den einzelnen Berichten aufgehobenen Erfahrung soll der illegalen Tätigkeit wieder zugutekommen. Betrieblicher Widerstand erwächst so aus der politischen intendierten Organisation gesellschaftlicher Erfahrung.

¹⁸⁾ Zum kommunistischen Widerstand vgl. vor allem D. Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980.

¹⁹⁾ Die Skepsis Riners ist angesichts der erfolgreichen Anwendung dieser Taktik in vielen Betrieben nicht ganz verständlich, vgl. dazu Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“ (Anm. 9), S. 353 ff.

Daneben wird den illegalen Betriebsvertrauensleuten eine umfassende und präzise Kenntnis der nationalsozialistischen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen im wirtschaftlich-sozialen Bereich abverlangt. Sie ist die Voraussetzung fundierter Kritik und wirksamer Aufklärung. Weiterhin hat der Vertrauensmann die Aufgabe, „den Arbeitskollegen zu zeigen, daß die Betriebsgemeinschaft ein Phantom ist und daß ihre Stärke im Zusammenhalten, im gemeinsamen Vorgehen, in der Solidarität liegt“ (B 21). Schließlich ist die gesellschaftlich-politische Perspektive der Arbeiter im Betrieb zu erweitern. Es kommt darauf an, die Verbindung der eigenen lebensweltlich begrenzten Erfahrungen mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Vorgängen zu bewerkstelligen. Exemplarisches Lernen fördert die Entwicklung eines politisch gegründeten Klassenbewußt-

seins, das aus den solidarischen Aktionen im Betrieb sich speist, letztlich aber, wenn es massenhaft und organisiert auftritt, die Existenz des Regimes bedroht.

Diese Anforderungen an die Vertrauensleute im Betrieb müssen als bewußte Provokation verstanden werden; ihre Bewältigung ist von vornherein auf einen umfangreichen Lernprozeß abgestellt, auf „systematische Arbeit auf lange Sicht“. Die organisierte Berichterstattung, die methodisch geregelte Auseinandersetzung mit den eigenen Erfahrungen im Betrieb qualifiziert die illegalen Mit-Arbeiter der Sopade in den Betrieben allmählich zu einem politisch eingreifenden sozialen Verhalten; die in gemeinsamen Aktionen entfaltete Solidarität der Arbeiter steht am Beginn ihres Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime.

V.

Nicht ohne Stolz kann Erich Rinner im Mai 1937 in einem eher resümierenden Beitrag „Über Aufgaben und Grundsätze der politischen Berichterstattung“ feststellen: „Damit wurde — soweit wir wissen — zum ersten Mal in der Geschichte der illegalen politischen Parteien der Versuch unternommen, ein politisches Nachrichtenwesen aufzubauen, und auch heute noch sind wir die einzige politische Bewegung, die über ein solches Nachrichtenwesen auf breiter Basis verfügt.“²⁰⁾ Wenn die Monopolisierung der politischen Information und Kommunikation zu den wichtigsten Herrschaftstechniken totalitärer Diktaturen zählt, dann heißt dies auch, daß die illegal erreichte Durchbrechung dieses Monopols zu den wichtigsten Formen des politischen Widerstandes gegen das Regime zu rechnen ist. Die organisierte Berichterstattung der Sopade war „ein Teil des Kampfes der sozialdemokratischen Bewegung gegen die Diktatur“ (B 2). Dabei verfolgte sie im wesentlichen vier Aufgaben: „Eine ihrer Aufgaben ist die Sammlung von Tatsachen und Erfahrungen als Grundlage für die Politik der

Parteileitung im Ausland. Eine zweite Aufgabe ist die laufende Unterrichtung der Glieder der illegalen Sozialdemokratie in Deutschland. Eine dritte Aufgabe besteht in der Organisierung eines laufenden Erfahrungs- und Meinungsaustausches zwischen den Teilen der Bewegung drinnen und draußen und eine vierte in der Verbreitung der Wahrheit über Deutschland in der Welt“ (B 2f).

Sowohl die Illegalität als auch die Situation des Exils brachten eine radikale Einschränkung des politisch-gesellschaftlichen Erfahrungshorizontes mit sich. Die Berichterstattung suchte über die organisierte Kommunikation von Erfahrungen die bei einer längeren Dauer des Regimes progressiv zunehmende Entfremdung zwischen den illegal tätigen und den exilierten Teilen der sozialdemokratischen Bewegung möglichst gering zu halten. Sie versuchte die Kontinuität der Bewegung zu gewährleisten, nicht allein im Raum, sondern auch und vor allem in der Zeit.

Die politische Berichterstattung der Sopade sah sich verschiedentlich scharfer Kritik und Angriffen, nicht zuletzt aus dem Kreis der Grenzsekretäre, ausgesetzt²¹⁾. Rinner verteidigte hier wie auch sonst zäh und entschlie-

²⁰⁾ Die vom Zentralkomitee der KPD zeitweilig monatlich von 1935 bis 1939 herausgegebene „Deutschland-Information“ läßt sich weder qualitativ noch quantitativ mit der politischen Berichterstattung der Sopade vergleichen; dazu: J. Stroech, Die illegale Presse 1933—1939, Frankfurt o. J., S. 132. Der im folgenden analysierte Beitrag Riners in: Deutschland-Berichte Mai 1937, B 1—19.

²¹⁾ Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“ (Anm. 9), S. 335 ff.

den sein Konzept einer objektiven, illusionsfreien Beobachtung der sozialen und politischen Vorgänge durch eine möglichst große Anzahl nicht-professioneller Berichtersteller, die sich systematisch, regelmäßig und kritisch mit ihrer eigenen Lebens- und Arbeitswelt auseinandersetzen. Einfache Arbeiter könnten sich den gestellten Anforderungen gegenüber gewachsener zeigen als, wie oft vermutet, Intellektuelle und Journalisten.

„Im allgemeinen ist der Intellektuelle dem Arbeiter an Ausdrucksfähigkeit, Schreibgewandtheit überlegen, häufig aber ist der Arbeiter dem Intellektuellen an Beobachtungsgabe überlegen. Der Intellektuelle neigt oft zu abstrakten Verallgemeinerungen, vorschnellen Schlüssen, geistreichen Perspektiven und besitzt oft nicht die Fähigkeit, einen einfachen Tatbestand wirklich genau und anschaulich wiederzugeben“ (B 5f).

Der entscheidende Grund aber, die politische Berichterstattung in die Hände einer großen Zahl von in verschiedenen Bereichen tätigen Mitarbeitern zu legen, ist ihr Zusammenhang mit dem Aufbau einer illegalen Organisation in Deutschland. Formen und Ausmaß einer Widerstandstätigkeit sind stark geprägt von der Herrschaftsstruktur des nationalsozialistischen Systems. Massenpropaganda war nicht nur 1937 im großen Stil undurchführbar geworden; sie galt auch, wie oben erwähnt, als wenig wirkungsvoll. Die Zersetzungstaktik des ‚trojanischen Pferdes‘ wird nach wie vor überaus skeptisch beurteilt. Terrorakte schließlich lagen nicht im Bereich der Organisationsziele der Sopade. Der Ausschluß von Attentatsstrategien folgte nicht allein implizit moralischen, sondern auch politisch-taktischen Bewertungen. „Wenn aber Hitler selbst einem Anschlag zum Opfer fiel, würde die wahrscheinliche Folge sein, daß ihn das Volk als einen Heiligen verehren würde, der durch Mörderhand daran gehindert wurde, sein Werk zu vollenden“ (B 8).

Was bleibt, ist die Beobachtung der weiteren Entwicklung und die Vorbereitung auf kommende Aufgaben. Dabei ist letztlich die Beobachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Nationalsozialismus schon die beste Vorbereitung auf den „Tag der Machtübernahme“, an dem die Sozialdemokraten politische Verantwortung zurückzugewinnen glaubten. Das „Heer von Behördenleitern in Kreis- und Gemeindeverwaltungen, in Fachverwaltungen

und Selbstverwaltungsorganen“, das nach dem Sturz des Regimes gebraucht wird, beschäftigte den Organisator der politischen Berichterstattung mehr als der Sturz des Regimes selbst. Das merkwürdige Phänomen einer Vorbereitung auf den Antritt einer Erbschaft, längst bevor der Erbfall eingetreten ist, wird später noch kritisch zu erörtern sein. Das Widerstandskonzept der Sopade — in dieser Hinsicht durchaus der attentistischen Tradition verhaftet — befindet sich in steter Gefahr, durch die Konzentration auf die langfristige Perspektive die gegenwärtigen Herausforderungen eines politischen Widerstandes aus dem Blick zu verlieren. In dieser Form einer ‚übersprungenen Gegenwart‘ wurde die Sopade von der fatalen „Theorie der Untätigkeit“ eingeholt. Die Praxis der organisierten Berichterstattung beginnt aber nicht erst nach dem vollzogenen Sturz der nationalsozialistischen Diktatur: sie besteht aus dessen bewußter und planmäßiger Herbeiführung.

Wie aber hat man sich die „Vorbereitung auf kommende Aufgaben“ konkret vorzustellen? Der theoretischen „Schulung“ wird nur ein sehr geringer Stellenwert zuerkannt; zu groß ist die Gefahr, auf diese Weise den Zusammenhang mit der komplexen gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit zu verlieren. Vielmehr gilt die Berichterstattung selbst als geeignetste Form politisch qualifizierender Schulung. „Diese Schulung beginnt auf der untersten Stufe. Da sitzt irgendwo tief im Bayerischen Wald irgend ein Glasarbeiter, der den Auftrag hat, laufend über die Verhältnisse seines Betriebes zu berichten. Diese Aufgabe bereitet ihm ungeheure Schwierigkeiten ... Aber indem er diese Schwierigkeiten überwinden lernt, lernt er zugleich, seinen politischen Blick zu schärfen und zu weiten, sein politisches Urteil zu festigen, Tatsachen von Gerüchten, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Langsam bekommt er einen Überblick über seinen Betrieb und wächst so allmählich, ohne es zu merken, in die Aufgabe eines Betriebsrates hinein, die ihm vielleicht nach der Machtergreifung zufallen wird“ (B 11). Eine neue Auffassung von Politik, ein veränderter Typ des Politikers bricht sich in solchen Formulierungen Bahn. „Sachkunde und Politik“ bilden nicht länger mehr Gegensätze: „Das Politische ist eine Haltung, ist eine auf ein gesellschaftliches Ziel gerichtete Aktivität“ (B 12).

VI.

Politische Opposition, so könnte man Rinners Widerstandskonzept rückblickend pointieren, gestaltet sich als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Widerstand in diesem Verständnis basiert nicht allein auf den Ergebnissen der politischen Berichterstattung, er ist vielmehr mit der Berichterstattung selbst tendenziell identisch. Die lebensweltlich verankerte, zugleich aber methodisch kontrollierte Auseinandersetzung der teilnehmenden Beobachter mit den Verhältnissen im nationalsozialistischen Deutschland setzt einen kollektiven Prozeß der Erfahrungsproduktion in Gang, dessen politische Organisation potentiell die Grundfesten des Regimes hätte zerstören können. Die politisch relevante Kommunikation gesellschaftlicher Erfahrung in der Berichterstattung der Sopade bedrohte das herrschaftskonstitutive Informationsmonopol des faschistischen Systems. Zugleich waren die Träger der Betriebsberichterstattung, die illegalen Betriebsvertrauensleute, das initiiierende Zentrum eines kollektiven Lernprozesses, der ausgehend von den Erfahrungen der Arbeits- und Lebenswelt den politisch-sozialen Herrschaftszusammenhang zu erfassen suchte. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Rinners Widerstandskonzept für die gesamte Sopade-Führung in Prag eine gewisse Verbindlichkeit besaß. Dafür spricht nicht nur der prominente Ort der Publikation dieser programmatischen Äußerungen in den „Deutschland-Berichten“. Abgesehen davon, daß ähnlich ausgeführte Widerstandskonzepte anderer Mitglieder der Bürogemeinschaft nicht bekannt sind und daß die praktische Widerstandstätigkeit der Sopade sich weitgehend auf die Organisation der politischen Berichterstattung beschränkte, sind es auch nicht zuletzt die zeitgenössischen Kritiker, die dieses Konzept mit der Politik der Parteiführung selbst identifizieren.

Die problematischen Implikationen eines solchen Konzepts der illegalen Arbeit blieben den Zeitgenossen nicht verborgen²²⁾. Attentistische Argumentationsmuster und eine kaum zu verbergende Ratlosigkeit der Sopade angesichts der innen- und außenpolitischen Erfolge der NS-Diktatur sind denn auch nicht zu übersehen. Verstärkt noch durch die Lagermentalität des Exils scheint sich die sozialdemokratische Führung schon relativ früh

²²⁾ Ebd.

auf ein von außen kommendes Ende des faschistischen Regimes eingestellt zu haben. In mancherlei Hinsicht war Rinners Konzept von Widerstand geradezu maßgeschneidert für die passiv-abwartende Haltung der Bürogemeinschaft, wobei jedoch offen bleiben muß, ob die historische Situation überhaupt andere ‚objektiv mögliche‘ Verhaltensmodelle enthalten, ob Attentismus und politischer Realismus nicht eine historisch begründete Affinität besessen haben. Eine legitimatorische Funktion der politischen Berichterstattung ist jedenfalls nicht völlig auszuschließen.

Doch läßt sich ein Versagen der Sopade in diesem Fall noch konkreter benennen. Es liegt im Bereich der politischen Organisation der kollektiven Erfahrung, die die Berichterstattung produzieren half. Im April 1937 äußerte sich der Grenzsekretär Waldemar von Knoeringen, einer der qualifiziertesten Organisatoren der illegalen Arbeit, zu den „Aufgaben der sozialdemokratischen Auslandsvertretung“²³⁾. Er plädiert für eine deutliche Stärkung der zentralen Führung im Exil. Die in der Berichterstattung gesammelten Erfahrungen müßten der illegalen Arbeit in Deutschland wieder zugutekommen. Eine Beeinträchtigung der politischen Kommunikation fördere „die Tendenz zum Subjektivismus, die eine ständige Gefahr für das objektive Urteilsvermögen in der Emigration ist“. Es gehe nicht allein um eine Verbesserung der konspirativen Techniken, sondern um die „Erhöhung unserer Organisiertheit“ selbst. „Die Zentrale der Organisation muß tatsächlich eine Zentrale sein, die in ständigem Kontakt mit der Arbeit an den Grenzen steht, die die Verbindung zwischen allen Organisationsteilen im Reiche aufrechterhält und die sich bemüht, aus der genauen Beobachtung der Entwicklung des Ganzen die Erfahrungen für das Ganze abzuleiten.“

In der Tat endete der Organisationsprozeß der Erfahrung in der politischen Berichterstattung der Sopade zu früh. Der kollektive Lernprozeß eines sozial und politisch fundierten Widerstands gegen das Regime brach so

²³⁾ ES Mapped 65; vgl. dazu auch den sehr informativen Beitrag von H. Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit V, hrsg. von M. Broszat und H. Mehringer, München/Wien 1983, S. 287—432, bes. S. 351 ff., 391 ff.

vorzeitig ab. Allerdings stellt sich die Frage, ob die kurzen Etappen der Vorkriegs- und Kriegszeit eine wesentlich effizientere Organisation — mit entscheidenden Auswirkungen für den politischen Widerstand — überhaupt zugelassen hätten. Der Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung beinhaltete zwei aufeinander folgende Stufen. Zunächst ging es um die systematische Produktion und Sammlung von Erfahrungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit des NS-Regimes; dann um die Entwicklung politisch und sozial eingreifender Strategien, die die im Keim vorhandenen Bewegungen zu verstärken imstande waren. Die illegale Tätigkeit der Sopade ging weitgehend auf in der politischen Berichterstattung selbst. Damit wurden zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für die Entfaltung eines wirksamen kollektiven Widerstandes geschaffen. Die Opposition im Reich war angewiesen auf die politische Organisation ihrer Erfahrungen im Ausland. Die Sopade hat dies nicht verkannt. Ihre eigene Tätigkeit konzentrierte sich jedoch auf den Aufbau eines politischen Nachrichtenwesens, das seinen politischen Zweck, die Organisation des Widerstandes, nur teilweise zu erreichen vermochte. So nützlich die langfristige Perspektive der Beobachtung für die Erkenntnis des sozialen

und politischen Herrschaftszusammenhangs des Dritten Reichs war, so hinderlich war das Konzept der ‚übersprungenen Gegenwart‘ für die illegale Arbeit in Deutschland selbst. Die Sopade setzte zunächst auf die Befreiungsbewegung im Innern, dann auf die Befreiung der Bewegung von außen: sie vergaß oder verdrängte, daß die illegale Bewegung im Innern angewiesen war auf politisch eingreifende Konzepte und Strategien, die nur auf dem Erfahrungsstand des Ganzen, also im Exil zu entwickeln waren.

Nun kann das Scheitern der illegalen Bewegung in Deutschland gewiß nicht der Sopade angelastet werden. Zu keinem Zeitpunkt des Dritten Reiches stand das nationalsozialistische Regime ernsthaft in Gefahr, allein von innen gestürzt zu werden²⁴). Allerdings hätte die durch einen organisierten Widerstand bewirkte Schwächung des Systems nachhaltiger ausfallen können, als es, nach dem heutigen Stand der Forschung zu beurteilen, der Fall gewesen ist. Doch wäre auch bei einem solchen Vorwurf sorgfältig zu prüfen, ob Schwächen des Konzepts selbst oder Fehler bei seiner Handhabung dafür verantwortlich waren. Abschließend sollen daher einige Überlegungen über Bedeutung und Tragweite des von der Sopade entwickelten Widerstandskonzepts angestellt werden.

VII.

Die mit der politischen Berichterstattung der Sopade verbundene Vorstellung von politischem Widerstand als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung enthält eine zweifache historische Lektion.

1. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung, weder vor 1933 noch nach 1945, hat es eine der organisierten Berichterstattung vergleichbare öffentliche Aufarbeitung von gesellschaftlichen Erfahrungen gegeben, die in der Lebens- und Arbeitswelt gewonnen wurden. Wenn überhaupt geschichtliche Bruchstellen existieren, konkrete historische Kräftekonstellationen, in denen eine genuin proletarische Öffentlichkeit keimhaft sich artikulierte, dann gehören — so paradox das klingen mag — die „Deutschland-Berichte“ der Sopade dazu, die unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur die politisch relevante Kommunikation gesellschaftlicher Erfahrung aufrechterhielten.

Wann etwa wäre die Betriebsöffentlichkeit auf eine ähnlich systematische und kollektive Weise hergestellt worden wie in der Betriebsberichterstattung der Sopade im Dritten Reich? Die organisierte Arbeiterbewegung partizipierte von Anfang an und im geschichtlichen Verlauf progressiv an den medial-publizistischen Formen bürgerlicher Öffentlichkeit, in denen der proletarische Lebenszusammenhang blockiert wurde und großenteils unbegriffen blieb²⁵). Die von der totalitären Diktatur, ihrem Informations- und Kommunikationsmonopol negativ erzwungene Engführung von betrieblicher Lebenswelt und illegaler Erfahrungsorganisation, von gesellschaftlicher Praxis und politisch eingreifender Theo-

²⁴) Das gilt m. E. auch noch für den Attentatsversuch vom 20. Juli 1944. Selbst bei einem Erfolg des Attentats wäre eine erfolgreiche politische Umwälzung äußerst zweifelhaft gewesen.

²⁵) Dazu Negt/Kluge, Öffentlichkeit ... (Anm. 7).

rie erhöhte den Gebrauchswert proletarischer Öffentlichkeit in einem bisher ungekannten Ausmaß.

2. Widerstand ist nicht allein ein historisch begriffener Gegenstand, sondern zugleich ein operatives Konzept politischen Verhaltens. In jüngerer Zeit hat sich die Einsicht zunehmend durchgesetzt, daß sich ein auf die Arbeit illegaler konspirativer Gruppen zugeschnittener Widerstandsbegriff bei der Beschreibung dessen, was im Dritten Reich tatsächlich an Widerstand geleistet wurde, als zu eng erweist. Die lange Zeit verbreitete unkritische Kanonisierung bestimmter Formen und Figuren eines Widerstandes militärisch-bürokratischer Eliten hat neuerdings einer breiteren „Gesellschaftsgeschichte politischen Verhaltens“ Platz gemacht, in der sozial und politisch motivierte Formen von Widerstand und Anpassung in den Konfliktfeldern von Herrschaft und Gesellschaft aufgesucht werden²⁶⁾.

Insoweit in hochindustrialisierten Gesellschaftstypen westlicher oder östlicher Prägung autoritäre oder diktatorische Optionen existieren, totalitäre Ansprüche faschistischer oder kommunistischer Provenienz, haben zeitgemäße (präventive) Widerstandskonzepte diesen unauflösbaren Zusammenhang von gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Organisation zu reflektieren. Effektiver Widerstand ist in totalitären Systemen mit einem Rückgriff auf das traditionelle Repertoire von Widerstandsformen (Attentat, Putsch, Sa-

²⁶⁾ Bahnbrechend hier die nun vollständig vorliegende Untersuchung: Bayern in der NS-Zeit, hrsg. von M. Broszat et al., 6 Bde., München/Wien 1977—1983; vgl. insbes. die Studie von Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Bayern in der NS-Zeit IV, München/Wien 1981, S. 691—709.

botage etc.) allein kaum zu bestreiten. Die personale Austauschbarkeit von politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Führungspositionen sollte selbst im „Führerstaat“ des Dritten Reichs nicht unterschätzt werden. Wirksame Opposition in komplexen sozialen und politischen Systemen mit einem hohen Grad von kommunikativer Vernetzung muß auf die Durchbrechung des Informations- und Kommunikationsmonopols und auf die heimliche politische Organisation gesellschaftlicher Erfahrung setzen.

Ob langfristig gesehen der in Ansätzen erkennbare Klassenkampf in den „Betriebsgemeinschaften“ des Dritten Reichs der Beginn einer das System ernsthaft bedrohenden sozialen Bewegung geworden wäre, läßt sich im nachhinein kaum entscheiden. Aus dem historisch gewaltsam verkürzten Lernprozeß des Widerstands (Krieg und Befreiung von außen) darf allerdings nicht eine verkürzte historische Lektion gezogen werden. Bei aller Unvergleichbarkeit sei hier doch auf das Beispiel der wirtschaftlichen und politischen Aktionen der polnischen Arbeiter, auf die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* verwiesen, die eindrucksvoll das politisch eingreifende Potential organisierter gesellschaftlicher Erfahrung demonstrierten.

Mit der Organisation der politischen Berichterstattung und der Entwicklung eines Widerstandskonzepts, dessen politisch-historischer Wert noch längst nicht ausgeschöpft ist, hat die Sopade einen überaus wichtigen Beitrag zum Kampf gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland geleistet. Das eingangs zitierte Urteil über die Leistungen der Exilführung der sozialdemokratischen Partei erweist sich als zu pauschal und bedarf dringend der gründlichen Revision. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wäre an der Zeit.

Widerstand gegen Hitler und europäische Föderation

Einleitung

Am 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 wird man des moralischen Mutes derjenigen Deutschen gedenken, die damals einen Putsch gegen das Regime Hitlers gewagt haben; und man wird hinzufügen, daß dies ein mahnendes Beispiel bleiben müsse. Doch wird man zu Recht auch klarstellen müssen, daß wir in Westeuropa heute in freiheitlichen Demokratien leben, die Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit zur Bildung oppositioneller Parteien garantieren, in denen die individuellen Menschenrechte durch unabhängige Gerichte geschützt werden, Gewaltenteilung und Abwählbarkeit der Regierenden gesichert sind.

So bliebe der reale Bezug zwischen damaligem Widerstand und heutigen Problemen sehr mager. Es hieße wesentliche Teile dessen, was auch der deutsche Widerstand repräsentierte, vernachlässigen, wenn in den Gedanken nicht auch an drei entscheidende Tatbestände erinnert würde: Erstens daran, daß Hitler nach einer Anlaufphase fast alle Nachbarländer seiner Herrschaft unterwarf,

„Hitlers Regime“ sich über das ganze kontinentale Europa erstreckte und Widerstandsgruppen in allen Ländern entstanden. Diese Widerstandsgruppen wußten sich, obgleich oft ohne Kontakt untereinander, im Kampf „gegen denselben Feind und gegen dieselbe Ideologie für dasselbe Ideal der Freiheit“ vereint; Résistance existierte also als übernationales Phänomen¹⁾. Zum zweiten und wichtiger: Die Männer und Frauen riskierten in diesen Widerstandsgruppen ihr Leben nicht einfach *gegen* einen bestehenden Zustand, sondern vor allem *für* etwas, um dessentwillen sie den bestehenden Zustand bekämpften. Man verfehlt den zentralen Bereich, für den sie in Widerstand traten, wenn man nicht die wesentlichen Werte und Inhalte ihrer Überzeugungen deutlich macht, ihre positiven Hauptziele. Und drittens schließlich wird dadurch der Blick frei auf die zur Gegenwart führende Frage: Haben die Résistances mit diesen ihren Hauptzielen die Nachkriegszeit beeinflussen können?

I. Der Widerstand der Jahre 1941—1944

Der folgende Beitrag muß sich aus räumlichen Gründen auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränken, d. h., er muß die Zeit von 1933 bis 1938 ausklammern, in der deutsche Widerstandsgruppen fast ausnahmslos in den Konzentrationslagern inhaftiert waren, ebenso die anschließende Phase konservativen Widerstandes gegen die Angriffsplanung²⁾. Er kann nicht Detailfragen der deut-

schen Widerstandsforschung aufgreifen, muß auch die unter exzeptionellen Bedingungen arbeitenden russischen Partisanen und Tito-Einheiten unberücksichtigt lassen und die Beispiele vornehmlich aus den Widerstandsgruppen der besetzten westeuropäischen Länder bringen. Zunächst jedoch soll die Situation umrissen werden, in der im Herbst 1941

¹⁾ Hierzu besonders G. van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 323—44 („Verbindung mit den besetzten Ländern“), und W. Lippens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940—1945, München 1968, S. 1, 79, 129f., 192, 238, 239 (das Zitat) und passim.

²⁾ Vgl. zu diesen Phasen H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt 1958 (bis S. 106); aus der Arbeiterbewegung die Reihe: Bibliothek

des Widerstandes, 12 Bde, Frankfurt 1973—1979; der evangelischen Kirche: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, 29 Bde, Göttingen 1958 bis 1975; der katholischen Kirche: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Mainz, Reihe A: Quellen (bisher 34 Bde.), Reihe B: Forschungen (bisher 40 Bde.); Kl.-J. Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969; umfassendste Regionalstudie: M. Broszat/E. Fröhlich, Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde, München 1977—1983; Forschungsübersicht: Chr. Kleßmann/F. Pingel, Gegner des Nationalsozialismus, Frankfurt 1980.

die ersten dauerhaft organisierten Widerstandsgruppen in den besetzten Ländern entstanden und sich auch in Italien, Deutschland und Polen Widerstand neuartig belebte.

1. Zusammenbrüche, Kollaboration, Illegalität

Nach 1933 täuschte Hitler die Nachbarvölker jahrelang mit einem perfiden Doppelspiel, indem er *einerseits* unermüdlich eindrucksvoll den Frieden beschwörende Reden hielt, *andererseits* intern auf dem Ziel der Herrschaftseroberung über möglichst viele Nachbarvölker beharrte und eine *Vorrüstung* betrieb, die ihm dann eine Blitzkriegstrategie erlauben sollte. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, der Grabenkämpfe mehr oder weniger nahe der Grenzen, aber (von Habsburg am Ende abgesehen) nicht Zusammenbrüche der Staaten als Ganzes gebracht hatte, hatten diesmal alle kontinentaleuropäischen Völker, mit Ausnahme von Schweden und der Schweiz sowie der Iberischen Halbinsel, den totalen Zusammenbruch ihrer Staaten erlebt.

Daraus ergab sich, daß nach dem jeweiligen Waffenstillstand die einheimischen Administrationen überall analog der Anweisung handelten, die z. B. das niederländische Kabinett den Generalsekretären erteilt hatte, die anstelle der ins Exil gehenden Minister die Ministerien leiteten: „... im Interesse der Bevölkerung danach zu streben, daß die Verwaltung ... ihre Aufgabe so gut wie möglich erfüllen kann“. Die Bevölkerungen mußten ernährt und beschäftigt, die Wirtschaft und die sozialen Dienste intakt gehalten werden. So funktionierte bald eine erstaunlich reibungsarme administrative und wirtschaftliche Kollaboration der einheimischen Behörden mit den ebenfalls an einer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung interessierten deutschen Militär- oder Aufsichtsverwaltungen³⁾. Auch erlebte man in den westeuropäischen Ländern, entgegen schlimmen Befürchtungen, die eingerückten Soldaten zumeist als höfliche, disziplinierte und hilfsbereite Menschen; der Unterschied zwischen der Wehrmacht und den nachrückenden Partei- und Sicherheits-Dienststellen war noch nicht bekannt. Anders war dies nur in Polen, wo sogleich

³⁾ K. Kwiet, Reichskommissariat Niederlande, Stuttgart 1968, S. 70f. (das Zitat). Gute Übersicht gibt das Kapitel „Neutrale Kollaboration“ bei W. Rings, *Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939—1945*, München 1979, S. 112—33.

eine Terrorherrschaft errichtet wurde, die keine freiwillige Kollaboration entstehen ließ.

In den westeuropäischen Ländern aber war die tiefe Enttäuschung über das Scheitern aller Friedenshoffnungen, über die wirtschaftlich-soziale Stagnation der „Zwischenkriegszeit“ und der Eindruck des Versagens der eigenen Parlamentsdemokratien der wirksamste Bundesgenosse der Deutschen. Nicht die hauseigenen faschistischen Parteien, sondern diese dominierende Abwendung vom „régime des partis“ und der Klassenkämpfe, die in Frankreich mit der Autorisation Pétains zum Vichy-Regime führte, begründete in allen westeuropäischen Ländern eine während der ersten eineinhalb Jahre nach der Niederlage anhaltende generelle Bereitschaft, einer, wenn auch zunächst deutsch-beherrschten, „Neuen Ordnung“ zuzustimmen. Schließlich predigten auch die Kommunisten zu dieser Zeit des Hitler-Stalin-Paktes Kampf gegen die Londoner Kapitalisten und Zusammenarbeit mit den Deutschen⁴⁾. Die wenigen „ersten Illegalen“, die in den ersten Wochen nach der Besetzung in einem „Réflexe patriotique“ in Flugblättern von „Widerstand“ sprachen — wie „Geuzenactie“ in den Niederlanden und „Pantagruel“ in Frankreich —, wurden alle sofort von den einheimischen Polizeien ausgehoben⁵⁾. Und auch später blieben die nationalen Polizeistellen die ersten Gegner.

Hinzu kam schließlich die Apathie der unpolitischen Bevölkerungsmehrheit, die keine Absetzung von der nun herrschenden Ordnung zu denken vermochte. Noch für den August 1941 klagte Henri Frenay, Gründer der später wichtigsten Résistance-Gruppe „Combat“ in der französischen Südzone: „Lauscht man den Gesprächen in der Straßenbahn, in den Läden, so weiß man, daß 90 Prozent aller Franzosen der Meinung sind, daß dieser Krieg nicht ihr Krieg ist, daß er verloren ist für Rußland und dann England drankommt, daß das, was zählt, einzig Essen, Kleidung und Heizung sind.“⁶⁾ Dies also waren die Aus-

⁴⁾ R. Paxton, *Vichy France*, New York 1972; Y. Durand, *Vichy 1940—1944*, Paris 1972; J.-P. Azéma, *La Collaboration 1940—1944*, Paris 1975; St. Courtois, *Le PCF dans la guerre*, Paris 1980.

⁵⁾ H. Michel, *Vichy: Année 1940*, Paris 1966; L. de Jong, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, vol. 4: Mei 1940 — Maart 1941, s'Gravenhage 1972; vgl. sonstige Kollaborations-Formen bei W. Rings (Anm. 3), S. 134—29.

⁶⁾ H. Frenay, *La nuit finira*, Paris 1973, S. 125; vgl. H. Amouroux, *La grande histoire des Français sous l'occupation*, Bd. 4 u. 5 (1940—1942), Paris 1979/81.

gangsbedingungen, ohne die die späteren Résistancen nicht zu verstehen sind.

2. Entstehungsmotive

Die entscheidende Voraussetzung war erst zu schaffen; erst durch wenige Einzelne, dann durch ihr Wirken sich ausbreitend, entstand ein Wandel der Gesinnung durch Argumente, die der allgemeinen Anpassung an die bestehenden Zustände der deutschen Herrschaft und der dominierenden Kollaboration widersprachen und zu oppositionellem Handeln motivierten. Es sind drei Hauptmotive benennbar, aus denen vom Sommer 1941 bis Sommer 1942 (also vor Stalingrad und der sich abzeichnenden Kriegswende) die ersten Résistance-Gruppen in den westeuropäischen Ländern entstanden und den Widerstandsgruppen in den mittel- und osteuropäischen Ländern neuen Aufschwung gaben: *

a) Die Gründerpersönlichkeiten begriffen, daß die nationalsozialistische deutsche Führung auf die Bereitschaft der Völker zur Zusammenarbeit offenbar keine Antwort hatten, sich keine europäische Gestaltung unter selbständiger Mitarbeit der anderen Völker vorstellen konnten. Tatsächlich sah Hitlers rassistisch bedingte Nachkriegsplanung ja, wie wir wissen, den Anschluß der sogenannten „nordischen Völker“ als Provinzen an das „Germanische Reich deutscher Nation“ vor; für die Romanen und Slawen blieb nur die Rolle dienstbarer Hilfsvölker, von den allein waffentragenden Deutschen beherrscht. Man kannte damals nicht die Details dieser Planung, aber man begann sie aus vielen Äußerungen der NS-Machthaber und aus dem Verhalten der Reichskommissare und Parteidienststellen in den besetzten Ländern zu ahnen. Henri Frenay, der im Februar 1941 die französische Armee im Rang eines Hauptmanns verließ und zunächst als einzelner untertauchte, beschreibt diese Entwicklung in seinen Erinnerungen: „Ich wußte, daß dies kein gewöhnlicher Krieg war ... Ich hatte in Straßburg studiert und verstanden, was diese neue deutsche Weltanschauung, dieser Kult der Rasse und des Blutes bedeuteten. Ich wußte, daß da die Völker in Herren und Sklavenheere eingeteilt werden.“ Frenay begann

im Juli 1941 in Lyon die ersten Mitstreiter zu sammeln und erklärte ihnen: „Wenn Hitler, wie behauptet wird, der Mann wäre, der, wenn auch mit Gewalt, Europa einigt, würde ich mich als französischer Offizier der deutschen Armee zur Verfügung stellen; aber er ist der Dämon, der Leib und Seele vernichtet, und so muß der Widerstandskampf mit aller Härte aufgenommen werden.“

b) Man begann zu erkennen, daß für die NS-Machthaber Menschenrechte und Freiheiten, vor allem auch Religionsfreiheit, nichts galten und daß mehr und mehr Unrechtsakte die anfängliche korrekte Militärverwaltung ablösten. Auslösende Bedeutung kamen der im Juli 1941 von der NS-Führung verfügten Tötung sogenannten „lebensunwerten Lebens“ in den Krankenanstalten sowie der systematischen Schließung von Klöstern zu. Die Predigten des Bischofs von Münster, Clemens von Galen, die im August 1941 diese Fakten mutig und stark anklagten, wurden in immer weiter vervielfältigten Abschriften über ganz Europa verbreitet; auch Frenay erhielt sie aus der Schweiz und hat sie zusammen mit Père Chaillet im Dezember 1941 im „Témoignage Chrétien“ in französischer Sprache verbreitet⁸⁾. Noch breitere Kreise wurden aufgerüttelt durch die bald darauf, vor allem ab Februar 1942, in allen westeuropäischen Ländern beginnenden Juden-Razzien und den systematischen Abtransport der jüdischen Bevölkerung nach Osten. Die Folgerung begann sich auszubreiten, daß man mit einem Regime nicht zusammenarbeiten könne, das ganze Gruppen von Menschen wegen ihrer Religion oder Rasse verfolgte.

c) Nachdem die Besatzungsbehörden bzw. die kollaborierenden Administrationen früh die alten politischen Parteien verboten hatten, begannen sie 1941 mit der Gleichschaltung bzw. dem Verbot der Gewerkschaften und Berufsverbände, mit der Einführung korporativistischer Wirtschaftssysteme. Auch ließen sie die heimischen Faschisten, von Quisling bis Darnand, 1942 erkennbarer in Machtpositionen vordringen. Daraufhin begann man die Faschismen deutlicher als große Reaktion auf die Verfassungs- und Sozialbewegung der

7) W. Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), S. 8—11 und 190f. (das Zitat); P. Kluge, Nationalsozialistische Europaideologie, in: Vjh. für Zeitgeschichte, 3 (1955), bes. S. 244—60; L. Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung, Stuttgart 1962.

8) H. Portmann, Bischof Graf von Galen spricht, Freiburg 1946; R. Bédarida, Les Armes de l'Esprit: Témoignage Chrétien, Paris 1977; vgl. K. Nowak, „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“, Göttingen 1978, bes. S. 158—77; H. Krausnick/H. Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938—1942, Stuttgart 1981.

letzten hundert Jahre zu begreifen. Während die Parteienverbote anfangs ohne Erregung hingenommen oder begrüßt worden waren, wurden nun nach und nach die alten liberal-demokratischen und sozialistischen Überzeugungen reaktiviert — und immer mehr ehemalige Gewerkschaftsführer, liberale Demokraten und Sozialisten stießen zu den frühen Résistance-Gruppen⁹⁾.

Zusammengefaßt: Die frühen Résistance-Gruppen begannen sich in Westeuropa im Herbst 1941 erst zu formieren, als das Wesen der Diktatur Hitlers erkannt wurde. Sie waren nicht primär nationale Reaktion gegen fremdnationale Eroberung, sondern politisch-weltanschauliche Reaktion gegen das menschenrechtsverletzende Regime, unter Berufung nicht auf nationale, sondern auf weltanschauliche Titel. Ihre Formation war, wie es Sweets formulierte, „the work of men driven by political or moral ideals“; und sie bildeten noch 1942, wie Henri Michel schrieb, eine „minorité infime“ inmitten einer indifferenten oder feindseligen Bevölkerung, nach den Worten von Frenays Mitarbeiter Claude Bourdet: „eine Handvoll isolierter Individuen“, die erst mühsam in zahlenmäßig strikt begrenzten Kleingruppen mit Zellenprinzip, Codes etc. die Voraussetzungen für längere Illegalität schaffen mußten¹⁰⁾. Hinzuzufügen ist, daß auch in Mitteleuropa im Herbst 1941 neuartige, politisch-weltanschaulich planende Widerstandsgruppen entstanden: in den größeren italienischen Städten, in Deutschland der Kreisauer Kreis und weitere Zirkel, in Polen — nach weitgehender Zerschlagung der anfänglich von Resten des polnischen Heeres gebildeten Gruppen — die Formation des politischen Widerstandes mit dem Programm vom August 1941 und die Bildung der Delegation¹¹⁾.

⁹⁾ H. R. Kedward, *Résistance in Vichy France*, Oxford 1978, bes. S. 80—117; Übersicht bei W. Rings, a. a. O. (Anm. 3), S. 249—61.

¹⁰⁾ J. F. Sweets, *The politics of resistance in France 1940—1944*, DeKalb/Ill. 1976, S. 25f.; H. Michel, *Histoire de la Résistance*, Paris 1950, S. 32; Bourdet zit. bei Sweets S. 16f.; sehr gut Kedward, a. a. O. (Anm. 9), S. 47—81.

¹¹⁾ L. Valiani, *Dall' antifascismo alla Resistenza*, Milano 1960; Ch. Delzell, *Mussolini's Enemies*, Princeton 1961, S. 140—222; G. van Roon, a. a. O. (Anm. 1); P. Hoffmann, *Widerstand — Staatsstreich — Attentat*, München 1979³; St. Korbonski, *The Polish Underground State*, New York 1978; Chr. Kleßmann, *Das „Programm Volkspolens“ von 1941*, in: *Vjh. für Zeitgeschichte*, 21 (1973), S. 107—14.

3. Methoden des Widerstands

Unter diesen Voraussetzungen wird die zentrale Bedeutung der ersten und bis zuletzt wichtigsten Methode der entstehenden Résistance-Gruppen deutlich: die der Produktion anfangs hektographierter, dann später gedruckter illegaler Informationsblätter. Man muß sich klar machen, daß die Mitglieder dieser Gruppen noch während des ganzen Jahres 1942 fast ausnahmslos tagsüber bürgerlichen Berufen nachgingen. Wichtiger noch ist, daß in ganz West- und Mitteleuropa das perfekte Überwachungssystem der heimischen Polizeien und deutschen Sicherheitsdienste und Truppen jede paramilitärische Aktion bis in die letzten Wochen vor dem Einmarsch alliierter Truppen unmöglich machte. Nur in den Weiten der russischen Wälder hinter der deutschen Ostfront konnten direkt vom Oberkommando der Roten Armee befehligte Partisanen-Einheiten kämpfend überleben; desgleichen in den jugoslawischen Bergen die Tito-Einheiten. Im übrigen von Deutschland beherrschten Europa konnten die Résistance-Gruppen nur als kleine Zusammenschlüsse in nächtlicher Arbeit für die illegale Verbreitung mit der Formulierung oppositioneller Schriftsätze beginnen, die aussagten, warum man mit dem bestehenden Regime nicht kooperieren dürfe und aufgrund welcher Prinzipien man in Opposition zu ihm stehen müsse. Fast in jeder Gruppe waren die Gründer und Führer zugleich die Chefredakteure illegaler Informationsblätter. Diese waren das wichtigste Mittel, um Widerstandsgesinnung zu wecken, um Mitglieder zu werben und um der Propaganda, die von der legalen deutsch-kontrollierten Tagespresse verbreitet wurde, entgegenzuwirken.

Ungeheure Schwierigkeiten waren zu überwinden, von der Papierbeschaffung über den gefährlichen Betrieb illegaler Druckereien bis zum Aufbau von Verteilernetzen. In der französischen Südzone gelang dies kontinuierlich bis Kriegsende und mit wachsender überregionaler Verbreitung insbesondere dem „Combat“, vornehmlich von Links-Katholiken unter Henri Frenay gebildet, sowie der „Libération-Sud“, vornehmlich sozialistisch unter Emmanuel d'Astier; in der Nordzone waren besonders erfolgreich die „Libération Nord“ unter Christian Pineau und die von einer Gruppe älterer Pariser Studenten verbreitete „Défense de la France“. Fast jedem dieser Blätter gelang es erstmals im Dezember 1941 etwa 5 000 gedruckte Exemplare zu vertreiben; dann vierzehntägig oder monatlich bis

Ende 1942 rund 30 000 Exemplare, bis Ende 1943 100 000 Exemplare. Ab Mai 1942 kam der sozialistische „Populaire“ und ab Oktober 1942 die westfranzösische „Résistance“ hinzu, bald mit ähnlichen Auflagenhöhen¹²⁾. In Belgien gab es drei, in den Niederlanden vier, in Polen fünf ähnlich periodische überregionale Blätter. Daneben sind in Belgien ca. 500, in Frankreich, den Niederlanden und Polen je ca. 1 000 lokale Blätter nachweisbar, oft nach kurzer Existenz von der Polizei ausgehoben. Allein in Belgien sind wegen des Vertriebs illegaler Blätter über 3 000 Personen erschossen worden. Zu Recht heißt es in der informativsten Gesamtdarstellung der europäischen Résistance von Jörgen Haestrup: „Die illegale Presse war Ausgangspunkt und Speerspitze aller dieser Widerstandsgruppen; sie ebnete den Weg für alle anderen Aktivitäten.“¹³⁾

Selbstverständlich wurden schon früh neben den Journalen andere Dienste aufgebaut, andere Methoden angewandt, um nicht nur mit Worten und Gedanken, sondern auch mit Taten gegen das Unrechtsregime anzugehen. Fast jede Résistance-Gruppe suchte neben dem Druck und Vertrieb ihres Journals eine oder mehrere („Combat“ sogar alle) der folgenden Aktivitäten aufzubauen: Druck falscher Ausweise und Papiere aller Art, Unterstützungsaktionen für Juden, Fluchthilfeorganisationen für Juden, für entkommene alliierte Gefangene und andere Gefährdete, später dann Aufbau von Spionage- und Nachrichtendiensten, Anschläge zur Wirtschafts- und Militärsabotage, schließlich der geheime Aufbau kleiner bewaffneter Kader für die Stunde X. Die Aktionen für die Stunde X wurden erst

möglich, als anstelle der bisher freiwilligen Arbeitssuche in Deutschland die kollaborierenden Administrationen ab Januar 1943 auf deutschen Befehl Gesetze erließen, die allen jungen Männern die Einziehung zur Zwangsarbeit in Deutschland in Aussicht stellten. Da Tausende von ihnen untertauchten, um der Rekrutierung als Fremdarbeiter zu entgehen, wurden die bis dahin kleinen, intellektuell bestimmten Résistance-Gruppen mit einer größeren Zahl von Gefolgsleuten aufgefüllt¹⁴⁾. Die zuletzt genannten Aktivitäten erforderten Hilfen von alliierter Seite: Geld, Funkgeräte, Waffen. So haben z. B. nach früh hergestellten Kontakten alliierte Geheimdienste insgesamt 8 500 Tonnen Material nach Frankreich gebracht. Dieser Forschungsbereich ist jüngst durch neue Studien von seiten der Geheimdienste erhellt worden¹⁵⁾.

Doch ist diesem Bereich hier nicht nachzugehen; es soll auch beiseite gelassen werden, wie in den letzten Kriegsmonaten die unterdessen in die Résistance eingeschwenkten Kommunisten eigene Macquis-Gruppen formierten und — in den Tagen der Befreiung streckenweise dominierend — mit illegaler Justiz das Ansehen der Résistance verdunkelten, zum Entsetzen der Résistance-Gründer. Alle Fachleute in der Erforschung der Widerstandsgruppen stimmen letztlich darin überein, daß ihr geheimdienstlicher und militärischer Nutzen trotz aller bewundernswerten Anstrengungen und Teilerfolge im Grunde gering blieb, wohingegen sie durch die Propagierung politisch-weltanschaulicher Leitlinien Widerstandsgesinnung in der Bevölkerung wecken konnten¹⁶⁾.

¹²⁾ Daten nach: Bibliothèque Nationale, Catalogue des Périodiques Clandestins, Paris 1954; vgl. die eindringliche Darstellung H. Michel, *Les courants de pensée de la Résistance*, Paris 1962, S. 796f.

¹³⁾ Beste Übersicht zur Bedeutung der illegalen Presse bei J. Haestrup, *Europe Ablaze. An Analysis of the History of the European Resistance Movements 1939—1945*, Odense 1978, S. 62—72 und 218—36 (Zitat S. 63).

¹⁴⁾ Beste Übersicht über alle Abteilungen von „Combat“ bei A. Vistel, *La nuit sans ombre*, Paris 1970, S. 187—351; Fremdarbeiter-Gesetze als Wendepunkt für die öffentliche Meinung in allen Darstellungen, z. B. H. Noguères, *Histoire de la résistance en France 1940—1945*, Bd. 3 und 4 (1943), Paris 1974/76.

¹⁵⁾ Materialreich bei J. Haestrup, a.a.O. (Anm. 13), die Kap. „Intelligence Service“ (147—200), „Politics

and Supplies“ (246—352) und „Paramilitary Forms of Action“ (401—93); W. Rings, a.a.O. (Anm. 3), S. 264 bis 341; D. Stafford, *Britain and European Resistance*, London 1980; gute Übersicht bei G. Schulz (Hrsg.), *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1982 (dort S. 125 im Beitrag von Fr. Knipping die 8 500 Tonnen).

¹⁶⁾ Vgl. die „Conclusio“ bei Haestrup, a.a.O. (Anm. 13), S. 494—98; auch M. R. D. Foot, *Resistance. An Analysis of European Resistance to Nazism 1940—1945*, London 1976, der die Resistance vornehmlich als Helfer alliierter Nachrichtendienste versteht, nennt S. 319 „resistance's real strength in battlefield terms . . . puny“; W. Rings, a.a.O. (Anm. 3), S. 407—14 und 427f. sorgfältige Abwägung der „Frage des militärischen Nutzens“: gering, aber „ein politisches und humanes Phänomen“.

II. Die vier fundamentalen Hauptziele

Die detaillierte Résistanceforschung hat Land für Land nachgewiesen, daß fast alle nicht-kommunistischen Résistancegruppen sehr bewußt für bestimmte politisch-weltanschauliche Inhalte eintraten, um derenwillen sie all die Opfer widerständlerischer Aktivitäten auf sich nahmen, und daß diese Inhalte, obwohl verstreut und unabhängig voneinander formuliert, in wesentlichen Punkten übereinstimmten. Da in den Résistancegruppen Männer und Frauen unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft zusammenwirkten, waren die Ideen und Ziele, die sie in den Journalen formulierten, ein Spiegelbild der geistigen Pluralität Europas, mit christlichen, sozialistischen und liberalen Programmen aller Art. Doch zeigen sich im Überblick eindeutig vier fundamentale, tausendfach formulierte Hauptziele.

1. Wiederherstellung der Menschenrechte und Freiheiten

In den Texten der Résistance stand an erster Stelle die Forderung nach Wiederherstellung der Menschenrechte und politischen Freiheiten. Die Untergrundblätter waren in erster Linie erfüllt mit Anklagen gegen Menschenrechtsverletzungen, gegen Volksvertreibungen, gegen die Verfolgung christlicher Kirchen, gegen Eingriffe in die kulturelle Sphäre, gegen die Verfolgung der jüdischen Gemeinden, gegen die Rechtsunsicherheit jedes Einzelnen. Man sah sich mit den Résistancegruppen aller Länder im Widerstand gegen eigene kollaborierende Verwaltungen ebenso wie gegen das deutsche Regime — wie Frenay 1943 schrieb — „vom Nordkap bis zur Pyrenäengrenze“ vereint, „im Kampf der Freiheit gegen die Sklaverei, der Gerechtigkeit gegen das Unrecht, des Rechts gegen die Gewalt“. In der verbreitetsten niederländischen Untergrundzeitung „Vrij Nederland“ schrieb deren Chefredakteur, von Randwijk, Anfang 1943, es gelte, gegen die Gefahr allgemeiner „Enthumanisierung“, die Absolutsetzung und den „Totalitätsanspruch des Staats“ als solchen zu kämpfen — und gegen die Deutschen, wenn sie Repräsentanten solcher Tendenzen seien¹⁷⁾. In den „Grundsätzen“ des deutschen

Kreisauer Kreises hieß es 1943: „Das zertretene Recht muß wiederhergestellt“, „Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet“, „die unverletzliche Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung“ anerkannt werden. In einer späteren Nummer formulierte „Vrij Nederland“: Die zur Souveränitätsdoktrin komplementäre „Politik der Nichteinmischung hat die europäische Demokratie umgebracht. Länder, in denen die elementarsten Menschenrechte mit brutaler Gewalt geschändet werden, bilden gefährliche Infektionsherde, gegen die anzugehen die Gemeinschaft der Völker das Recht haben muß. Das Heiligtum der Staatssouveränität ist eingestürzt.“¹⁸⁾.

2. Freiheitliche, soziale und dezentralisierte Demokratie

Entsprechend diesem Zentralmotiv wurde zunehmend einmütig die innenpolitische Staatsform definiert, für die man kämpfte: für freiheitliche Demokratie, soziale Demokratie und dezentralisierte Demokratie. Im Erleiden des neuen totalitären Staatsabsolutismus kehrten die Résistance-Texte zurück zum Bekenntnis zur gewaltenteilenden, freiheitlich-repräsentativen Demokratie. Nicht diese Verfassungsform habe versagt, wie irrtümlich in den dreißiger Jahren geglaubt, vielmehr habe die Dominanz falscher, nationalistischer Politiken in den Demokratien zu den Kapitulationen vor den Faschismen geführt. Es gehe darum, schrieb Léon Blum im Vichy-Gefängnis, „eine wahre Demokratie zu errichten“, die nicht nur die Menschenrechte und politischen Freiheiten achte, „allen Staatsbürgern angemessenen Einfluß auf die Wahl der Behörden und deren Politik“ sichere, sondern zudem in zweifacher Hinsicht ausgestaltet werde: zum einen

101; originalsprachlich und in englischer Übersetzung in: W. Lippens, Documents on the History of European Integration, vol. 1: Continental Plans for European Union 1939—1945, Berlin/New York (de Gruyter) 1984 (um zahlreiche Texte erweiterte engl. Ausgabe).

¹⁸⁾ Aus den Kreisauer „Grundsätzen für die Neuordnung“ 9. 8. 1943; L'Unità Europea Nr. 4 (Milano) Mai 1944; Vrij Nederland, Sondernummer in 20 000 Exemplaren Sept. 1943; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 49, 16 und 103. Hier müssen diese wenigen Beispiele für den Originalton der Quellen genügen; vgl. ebd. S. 537 im Register, Stichwort „Menschenrechte“, Verweis auf über 100 gleichartige Stellen.

¹⁷⁾ H. Frenay, Gründer und Leiter der bestorganierten französischen Widerstandsgruppe „Combat“, in: Combat vom 12. 12. 1943; H. M. von Randwijk, in: Vrij Nederland 21. 3. 1943; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 77 und

müsse es auch „eine soziale Demokratie“ sein, mit Beteiligung aller „am Gewinn der Gesamtheit der Gesellschaft, bei der jeder einzelne Arbeiter seinen Dividendenanteil in Form einer Vergrößerung seines Wohlstandes oder einer Verminderung seiner Arbeit erhält“. Zum anderen müsse man die autonome Selbstverwaltung der Regionen nach Art der „schweizerischen Kantone“ bejahen: „Die Dekonzentration des Staates scheint mir ebenso notwendig wie seine Dezentralisation. Das heißt, daß eine einzige Autorität der Exekutive, eine einzige legislative Macht nicht mehr allen Funktionen des modernen Staates genügen kann.“ Wie es ein im besetzten Norditalien verbreiteter Text, der viele Parallelen bis hin zur polnischen Résistance hat, formulierte: Man muß durch Verwirklichung des „demokratischen Grundsatzes der Selbstregierung von unten her ... starke Garantien gegen die absolutistische, zentralisierende und bürokratische Macht des souveränen Nationalstaats“ schaffen. Nur „die lokalen Autonomien (kommunale, regionale, kantonale ...)“ können auch „dem größeren übernationalen Föderalismus die Garantie einer ausreichenden Dezentralisierung der Nationalstaaten bieten“¹⁹⁾.

3. Friedenssicherung durch übernationale Autorität

Ein drittes Hauptziel aller Résistance-Texte bestand darin, eine Antwort auf die elementare Frage inmitten der Kriegsleiden zu geben, wie künftig der Frieden gesichert werden könne, wie die Nationalstaaten daran gehindert werden könnten, immer von neuem ihre Völker in Kriege zu stürzen: Sie verlangten, daß eine definitive Friedenssicherung durch übernationale Autorität erreicht werden müsse. All diesen Widerstandsautoren war ja bewußt, wie enttäuschend die Erfahrungen der Europäer mit ihren Nationalstaaten in den letzten Jahrzehnten gewesen waren. „Wer würde jenen“, fragte der südfranzösische Franc-Tireur im März 1944, „die sich in Europa gegen die Naziherrschaft erhoben haben, zu unterstellen wagen, sie kämpften für das Wiedererstehen einer Vergangenheit, de-

ren tiefinnerste Schwächen und deren unwiderruflichen Zusammenbruch“ sie erlebten? Sie wollen „keine Rückkehr zur Balkanisierung Europas“. Nach den Worten eines italienischen Résistance-Textes von 1943 war nun erwiesen, daß „die Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, die Macht, über nationale Heere zu gebieten, die Macht, die Welt in getrennte, abgeschlossene Wirtschaftsgebiete zu unterteilen, ... die Macht, in einem Staat die Despotie zu errichten ... ohne hierbei durch eine Intervention von außen gestört zu werden“, in den Händen der alten Nationalstaaten „zwangsläufig zu Instrumenten des Untergangs, der Barbarei und der Unterdrückung“ wurden. Deshalb wurde in zahllosen Texten gefordert, daß künftig eben diese Machtbefugnisse den Nationalstaaten genommen und übernationalen Autoritäten übertragen werden müßten.

Auch in den „außenpolitischen“ Teilen ihrer Programme wurde somit der Kampf gegen den Totalitätsanspruch des Staates geführt; hier bewirkte er die Forderung nach starker übernationaler Autorität. Nur so — formulierte der Chef des Pariser Studenten-Journals „Defense de la France“ — „wird das prinzipielle Hindernis beseitigt werden, das der Schaffung eines freien Gemeinwesens im Wege stand: Die fürchterliche Notwendigkeit zur totalitären Herrschaft, wie sie unvermeidlich durch den Nationalismus geschmiedet wird“²⁰⁾.

Diese Résistance-Autoren kämpften eindeutig *nicht* für eine Rückkehr zu dem Europa antagonistischer Nationalstaaten, das diese Faschismen erzeugt hatte. Viele Texte fragten, warum der Völkerbund gescheitert sei, dieser erste Versuch internationaler Friedenssicherung. Die Hauptantwort lautete stets gleichartig: „Weil er nicht eine große selbständige Macht war, unabhängig von den nationalen Souveränitäten und ihnen übergeordnet; weil er zur Durchführung seiner Entscheidung weder eine politische Autorität noch eine materielle Gewalt besaß, die gegenüber derjenigen der Staaten den Vorrang gehabt hätte.“ Er scheiterte notwendig, wie alle bloßen Bünde oder Konföderationen, „weil sie keine eigene beschlußfassende Körperschaft und keine eigene Exekutivgewalt besaßen,

¹⁹⁾ Léon Blum „A l'Echelle humaine“ Juli 1941; das Programm Volkspolens Aug. 1941; G. Peyronel in: L'Unità Europea Nr. 4 (Milano) Mai 1944; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 59, 114 und 17; vgl. ebd. S. 530 zu „innerstaatlicher Föderalismus“ angeführte Parallelstellen. Vgl. die Hauptpunkte auch nach D. Peukert in: Kleßmann/Pingel, a.a.O. (Anm. 2), S. 85.

²⁰⁾ Le Franc-tireur 1. 3. 1944; Gründungsprogramm des „Movimento Federalista Europeo“ 28. 8. 1943; Viannay in: Cahiers de Défense de la France Jan. 1944; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 81, 10 und 78.

sondern von dem einstimmigen Votum der assoziierten Staaten abhingen". Diesmal müsse einer übernationalen Regierungsautorität Kompetenz und Macht gegeben werden zur Friedenswahrung, zur Wirtschaftslenkung und zum „Einschreiten gegen eventuelle Versuche, wieder autoritäre Regierungen zu errichten“. „Andernfalls verzichtet man auf die Überwindung der internationalen Anarchie und verewigt den Krieg.“²¹⁾

4. Schaffung einer demokratischen europäischen Föderation

Im Rahmen dieses Grundkonsenses gab es unterschiedliche Antworten auf die Frage, auf welcher Ebene die nötige übernationale Autorität realisiert werden sollte. Das illegale Zentralkomitee der französischen sozialistischen Partei z. B. forderte gleich einen globalen „Super-Etat“. Doch die überwiegende Mehrheit der Résistance-Autoren kam zu der Folgerung, wie sie der von Henri Frenay zusammengebrachte Dachverband aller Résistancegruppen der Region Lyon formulierte: Diese „langwierige Aufgabe kann erst dann mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden, wenn zunächst einmal für das Problem Europa, von wo die die Welt immer wieder erschütternden Katastrophen ihren Ausgang genommen haben, eine Lösung gefunden“ sein wird: die „*Schaffung einer demokratischen, europäischen Föderation*“. Nur diese „kann durch ihr Beispiel die Völker der Welt veranlassen, nach einer föderativen Weltorganisation zu streben“²²⁾.

Innerhalb der Résistance wohl jeden Landes gab es aus speziellen Gründen nicht kollaborierende Rechtsgruppen, die die Notwendigkeit wirtschaftlichen Zusammenschlusses bejahten, von „europäischem Wirtschaftsrat“ sprachen, aber mehr konföderal als föderal dachten, so der Kreis um Goerdeler in Deutschland oder die OCM in Frankreich²³⁾.

²¹⁾ L. Blum Juli 1941; L. Einaudi „Per una Federazione economica Europea“ Sept. 1943; Gründungsprogramm des MFE 28. 8. 1943; Jurgensen in: Cahiers de Défense de la France Sept. 1943; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 59 11, 10 und 71.

²²⁾ Französische Sozialistische Partei Jan. und Juli 1943; J. Romei in Het Parool 10. 9. 1943; Genfer Konferenz von Widerstandskämpfern 20. 5. 1944; Mouvement de Libération Nationale, Region Lyon Aug. 1944; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 65, 69, 104, 136 und 89.

²³⁾ Zur OCM als einziger „Rechts“-Gruppe in der französischen Résistance s. Lippens, Föderationspläne, a.a.O. (Anm. 1), Nr. 62; zur konservativen

In den skandinavischen Ländern waren die Résistance-Gruppen, zu sehr enttäuscht von Deutschland und Frankreich, ganz auf Großbritannien orientiert. Aber die Mehrheit der Widerstandsautoren auf dem Kontinent verlangte, innereuropäische Kriege endgültig durch Schaffung einer starken europäischen Bundesregierung unmöglich zu machen. Im polnischen Widerstand formulierten Delegierte der zwei wichtigsten illegalen Parteien ein Grundsatzprogramm, dessen einziger außenpolitischer Punkt lautete: „Die Polnische Republik wird Mitglied der Föderation Freier Europäischer Völker sein“; sie wird in dieser Föderation „den größtmöglichen Zusammenhalt fördern und eine Bundesbehörde unterstützen, die machtvoll genug ist, um die föderierten Völker gegen Angriffe von außen zu schützen und alle Versuche zu unterdrücken, durch Nationalismus inneren Zwiespalt zu schaffen“. Das grundlegende Dokument, auf dem der Kreisauer Kreis in Deutschland seine Planung aufbaute, begann mit dem Satz: „Europa ist ein Bundesstaat mit einheitlicher Souveränität“. Dann wurde betont: „Zur Zuständigkeit des Bundes gehören: Auswärtige Angelegenheiten, Wehrmacht, europäische Planwirtschaft“. Die führende niederländische Untergrundzeitung forderte: „Ein neues Oberorgan muß in Europa gebildet werden, ... eine europäische Föderation, welche die Machtmittel besitzt, um ihren Willen durchzusetzen und ihn den nationalen Einheiten aufzuerlegen.“ Das Programm einer italienischen Résistancegruppe lautete: „Die Wahrung von Freiheit und Frieden auf dem ganzen Kontinent muß ausschließlich von der europäischen Föderation und ihren Exekutiv-, Legislativ- und Judikativorganen ausgeübt werden.“ Und der vom Dachverband der Résistancegruppen der Region Lyon verabschiedete Text faßte viele gleichartige Zeugnisse zusammen: „Dem gemeinsamen föderativen Staat“ muß zustehen „das Recht, das Wirtschaftsleben Europas zu ordnen, das alleinige Recht, über Streitkräfte zu verfügen und gegen jeden Versuch der Wiedererrichtung faschistischer Regime einzuschreiten, das Recht, die auswärtigen Bezie-

Goerdeler-Gruppe bis 1942 ebd. Nr. 28, 30, 34, 39 und 44. Doch ist Goerdeler persönlich in einer außerordentlichen Fortentwicklung 1943/44 (s. ebs. Nr. 50, 53 und 55) eindeutig bis zur Bejahung auch politischer Föderation gelangt. Vgl. Darstellung bei W. Lippens, Europa-Föderationspläne deutscher und italienischer Widerstandsgruppen im Zweiten Weltkrieg, in: Von der Diktatur zur Demokratie (= Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts, Bd. 17), Braunschweig 1973, S 19f.

hungen zu regeln ... die Schaffung einer europäischen zusätzlich zur nationalen Staatsbürgerschaft. Die Regierung des föderativen Staates ist nicht von den nationalen Staaten, sondern in demokratischen und direkten Wahlen von den Völkern zu wählen."²⁴⁾

Dies waren die fundamentalen Hauptzielsetzungen, die unabhängig voneinander in der großen Mehrheit der Résistance-Texte für die

Zukunft formuliert worden waren. Sie forderten, nach diesen zwei fürchterlichen innereuropäischen Kriegen müsse wenigstens innerhalb Europas der nationalstaatlichen Machtpolitik ein Ende gemacht werden. Krieg müsse künftig durch Recht ersetzt werden. Die Sicherung der Menschenrechte, der Freiheitlichen Demokratie und des innereuropäischen Friedens müsse durch eine Europäische Föderale Autorität garantiert werden.

III. Verwirklichung der Hauptziele in der Nachkriegszeit?

Haben die Résistancen mit diesen Hauptzielen die europäische Nachkriegsgeschichte beeinflussen können? Zweifellos nicht in dem von ihnen erhofften Maß und schon gar nicht, wie sie gehofft hatten, in den ersten Nachkriegsjahren. Offensichtlich hatten die Résistance-Autoren das Ausmaß der Katastrophe Europas, wie es am Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich wurde, unterschätzt. Im Mai 1945 trafen die beiden neuen Weltmächte Sowjetunion und USA in der Mitte des verwüsteten Kontinents zusammen und teilten ihn in Einflußsphären auf. Bestimmend war nicht, was die Europäer denken mochten, sondern bestimmend war allein, was die beiden siegreich einrückenden Weltmächte wollten. Aus ihrem anschließenden zweijährigen Versuch, der „One World“ eine einvernehmliche Friedensorganisation zu geben, blieb, wie es vorher auf russischen Wunsch vereinbart worden war, jeder Gedanke an eine europäische Union ausgeschlossen²⁵⁾. Infolgedessen setzte sich auch Großbritannien nicht für sie ein,

und der nicht aus der Résistance, sondern aus dem Exil heimgekehrte General de Gaulle steuerte, innenpolitisch um Auflösung der Résistance bemüht, die Außenpolitik Frankreichs zunächst auf alte Poincarésche Gleise²⁶⁾. Vor allem aber mußte man mit Entsetzen erleben, daß — wie Arnold Toynbee es formulierte — „in all den Ländern, die sich auf der russischen Seite der Linie wiederfanden, durch die Hitlers Europa nun in zwei Einflußsphären geteilt wurde, der Wechsel nur im Austausch einer deutschen Tyrannei durch eine russische bestand“. Die Sowjetunion ließ die Führungsgruppen der polnischen und anderen Résistancen in Gefängnissen verschwinden, erzwang in den osteuropäischen Ländern kommunistische Einparteien-Diktaturen und warf die Menschenrechts- und Verfassungsbewegung dort erneut auf den Nullpunkt zurück²⁷⁾.

In den westeuropäischen Ländern entstanden jedoch 1946/47 in fast allen größeren Städten private Gruppen, meist unter der Führung ehemaliger Résistance-Chefs, die sich für die Einsichten der Kriegszeit einsetzten. Sie waren Mitglieder, gründeten Zeitschriften und vermochten wachsenden Einfluß in den Parteien zu erlangen. Die meisten dieser Gruppen gründeten Ende 1946 in Paris als ihren Dachverband die „Union Européenne des Fé-

²⁴⁾ Program Polski Ludowej Aug. 1941; H. J. von Moltke „Ausgangslage und Aufgaben“ 9. 6. 1941; Heuven Goedhart in: Het Parool vom 12. 12. 1942; Programm des „Movimento Federalista Europeo“ 28. 8. 1943; Mouvement de Liberation Nationale, Region Lyon Aug. 1944; deutsch bei Lippens, Föderationspläne, a. a. O. (Anm. 1), Nr. 114, 32, 100, 20 und 89. Alle gen. Texte auch originalsprachig in der englischen Ausgabe: Lippens, Documents, a. a. O. (Anm. 17), vol. 1.

²⁵⁾ Zur Planung Europäischer Union bis 1943 auch auf alliierter Seite vgl. Lippens, Föderationspläne, a. a. O. (Anm. 1), Anhang: Europa-Pläne in Großbritannien und den USA (1939—1944), S. 405—521; wesentlich erweiterte englische Ausgabe: W. Lippens, Documents on the History of European Integration, vol. 2: Plans for European Union in Great Britain and in Exile, 1939—1945, Berlin—New York (de Gruyter) 1984. Dort in der „General Introduction“ gründliche Darstellung der Eliminierung der Europa-Pläne 1943 aus der offiziellen alliierten Nachkriegsplanung.

²⁶⁾ Vgl. W. Lippens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945—1950, Bd. 1: 1945—1947, Stuttgart 1977, S. 95—109 und 277—92 die Friedensorganisation der Weltmächte, 156—93 die Anpassung Großbritanniens, 193—223 der Versuch de Gaulles.

²⁷⁾ Vgl. Fr. Fetjő, Geschichte der Volksdemokratien, Bd. I: Die Ära Stalin 1945—1953, Graz—Wien—Köln 1972; J. K. Hensch, Sowjetische Osteuropapolitik 1945—1975, Düsseldorf 1977; W. Lippens, Die Anfänge, a. a. O. (Anm. 26), S. 17 (Definition von A. Toynbee) und S. 444—60 (Kap. „Ansätze europäischen Einigungswollens in Osteuropa“).

déralistes" (UEF). Auf ihrem Kongreß in Montreux im August 1947 rang sich die UEF zu dem schweren Entschluß durch, „mit der Verwirklichung des Föderalismus dort zu beginnen, wo der Versuch dazu unternommen werden kann, wo die Völker noch über eine gewisse Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit verfügen“ —und sie bejahte den amerikanischen Marshall-Plan zum Wiederaufbau Westeuropas²⁸⁾. Von 1948 bis 1954 hat sie unter der Führungs-Troika von Henri Frenay, Altiero Spinelli (vorher Chef der Ventotene-Gruppe) und Eugen Kogon (Präsident der deutschen „Europa-Union“, ehemals KZ-Häftling) alle wesentlichen Integrationsschritte in Westeuropa angeregt.

Die durch die Wirksamkeit dieser Europa-Verbände und durch die wachsende Einsicht in den Parteien und Regierungen in Westeuropa seit 1949 in Gang gebrachten Entwicklungen haben nun bis heute nicht alle Hauptziele der Mehrheit der Résistance-Autoren erreichen können; aber sie haben sie doch in erstaunlichem Umfang in Westeuropa der Verwirklichung nahebringen, ein teilweise realisiertes „Europa der Résistancen“ schaffen können.

1. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Schon in den ersten Flugschriften der UEF vom Frühjahr 1947 war eine definitive Charta der Menschenrechte und politischen Freiheiten, durch supranationale Autorität garantiert, als Kernstück europäischer Integration gefordert worden. Der Haager Kongreß der Verbände im Mai 1948 hat die Einberufung einer europäischen Versammlung gefordert, die „im Interesse der Wahrung der menschlichen Grundrechte und der menschlichen Freiheit Vorschläge zur Errichtung eines Gerichtshofes machen soll“. Er hat außerdem verlangt, „daß jeder Bürger unserer Länder jederzeit und unverzüglich Genugtuung von diesem Gericht erhalten muß, wenn seine in der Charta festgelegten Rechte verletzt worden sind“. Der Brüsseler Kongreß der Europäischen Bewegung vom Februar 1949 verab-

schiedete Statuten für einen „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“, die überwiegend von ehemaligen Widerständlern erarbeitet worden waren, und legte sie gleich der ersten Sitzung der im August 1949 zusammentretenden Versammlung des Straßburger Europarats vor. Die „Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ wurde im November 1950 im Ministerkomitee unterzeichnet und trat nach den Ratifizierungen drei Jahre später in Kraft²⁹⁾. Sie stellt die weitaus vollständigste Fixierung der Menschenrechte und politischen Freiheiten dar, die es in der Welt gibt, vor allem durch sehr strikte sachliche und zeitliche Eingrenzung von „Notstands“-Ausnahmen.

Entscheidend aber ist die — einer besonderen Ratifizierung bedürftige — Bildung einer Europäischen Kommission zur Vorklärung und die Einrichtung eines Europäischen Gerichtshofes zur Endentscheidung über Klagen von Bürgern gegen ihre Staaten im Falle der Verletzung von Menschenrechten. Außer von Zypern, Malta und der Türkei ist von allen anderen 18 westeuropäischen Staaten auch die Einrichtung der Kommission und des Gerichtshofs für Menschenrechte unter Anerkennung seiner Autorität ratifiziert worden. Jeder einzelne Bürger hat seither in diesen Ländern, wenn er sich in Menschenrechten oder politischen Freiheiten verletzt sieht, die Möglichkeit, gegen seinen eigenen Staat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu klagen. Jährlich erfolgen dort Urteile gegen Staaten, und diese befolgen die ergehenden Urteilssprüche auf Wiedergutmachung von ihnen begangener Menschenrechtsverletzungen³⁰⁾. Dies ist nun wahr-

²⁹⁾ Politische Resolution von Den Haag, 10. 5. 1948, Entwurf des Brüsseler Kongresses 28. 2. 1949 und Text der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten 4. 11. 1950 sowie des 1. Zusatzprotokolls 20. 3. 1952 in: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bd. 1, München 1962, S. 151f., 173—75 und 515—33. Die Entstehungsgeschichte gründlich demnächst in: Lippens, Die Anfänge, a.a.O. (Anm. 26), Bd. 2.

³⁰⁾ Alle offiziellen Dokumente, Berichte über verhandelte Klagefälle und ergangene Entscheidungen jährlich in: Yearbook of the Convention of Human Rights, Den Haag 1955ff. (bisher 27 Bände). Besonders informativ seit der zahlenmäßigen Belegung der Urteilstätigkeit des Menschenrechtsgerichtshofs: Europäische Grundrechts-Zeitschrift, Jg. 1/1974—Jg. 10/1983; zur Anerkennung der Autorität des Menschenrechtsgerichtshofs in der Praxis der Einzelstaaten vgl. A. Drzemczewski, European Human Rights Convention in Domestic Law, Oxford 1983.

²⁸⁾ Vgl. die Teile „Wiederaufbruch der Föderationspläne Juni 1946—Mai 1947“ und „Formation der Bewegung im beginnenden Ost-West-Konflikt Mai bis Dez. 1947“ bei Lippens, Die Anfänge, a.a.O. (Anm. 26), S. 292—443 und 514—642, darin die Entschliebung von Montreux 30. 8. 1947, S. 528. Substantiell erweiterte englische Ausgabe des Bandes: W. Lippens, A History of European Integration, vol. 1: 1945—1947, Oxford 1982.

scheinlich eine fundamentale Änderung gegenüber den Zuständen in Europa 40 oder 50 Jahre zuvor und die Erfüllung elementarster Wünsche, die die Résistance-Autoren gegen nationalistisch und totalitär gewordene Staatswesen formuliert hatten.

2. Freiheitliche, soziale und dezentralisierte Demokratien

Zum zweiten Hauptanliegen der Résistance-Autoren, nämlich in ihren Ländern freiheitliche, soziale und dezentralisierte Demokratien errichtet zu sehen, kann man zumindest sagen, daß dies in den westeuropäischen Ländern in einem erstaunlichen Ausmaß gelungen ist. Bald 40 Jahre nach der Befreiung von faschistischen Regimen ist noch in keinem dieser Länder erneut eine Diktatur entstanden; jedes garantiert seinen Bürgern die Freiheit der Versammlung, der Meinungsäußerung und das Recht, politische Oppositionsparteien zu bilden; jede Regierung akzeptiert, daß sie in garantierten freien Wahlen abgewählt und gestürzt werden kann.

Das soziale Netz der persönlichen wirtschaftlichen Sicherstellung jedes Bürgers ist in einem Maß ausgebaut, wie es sonst in der Welt kaum existiert. Der persönliche Lebensstandard eines jeden Arbeiters ist, dank des wirtschaftlichen Zusammenschlusses und der wirtschaftlichen Freizügigkeit, zehnmal so hoch wie der in den zwanziger Jahren. Strikte Anti-Kartell-Gesetzgebungen verhindern Monopolbildungen; die Rolle der Gewerkschaften ist überall garantiert; die Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer ist im wesentlichen Teil der Betriebe gesetzlich gesichert³¹⁾.

Die Auflösung der legislativen und administrativen Zentralismen der Nationalstaaten ist teils durchgeführt, teils im Gange, seit 1949 mit dem föderalistischen Grundgesetz in der Bundesrepublik, seit den fünfziger Jahren durch die Regionalisierung in Italien, in den letzten Jahren endlich auch in Frankreich. Überall wurde begriffen, daß Demokratie in großräumigeren Staatswesen nur gedeihen kann, wenn die öffentlichen Aufgaben durch einen vertikalen Kompetenzenkatalog auf verschiedene Ebenen verteilt werden, und

³¹⁾ K. O. Hondrich, Mitbestimmung in Europa, Bonn 1970; zur Europäischen Sozialcharta vom 18. 10. 1961 O. Messer, Die Arbeit des Europarats auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens, in: Das Europa der Siebzehn, Bonn 1974, S. 163—85; Die soziale Sicherheit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1980.

daß möglichst viele Kompetenzen den Gemeinden und Regionen/Ländern mit eigenen Exekutiven und Parlamenten zustehen³²⁾. Auch hier würden die Résistance-Autoren wesentliche Forderungen, die sie gegen totalitär gewordene Etatismen erhoben hatten, verwirklicht sehen.

3. Friedenssicherung durch übernationale Autorität

Die in den Résistance-Texten so elementare Forderung, daß eine definitive Friedenssicherung durch übernationale Autorität erreicht werden müsse, hat, wie es die meisten Résistance-Autoren schon vermutet haben, gewiß noch keine Verwirklichung auf globaler Ebene gefunden. Die Weltmächte hatten die innereuropäischen Einsichten in die Notwendigkeit, mit der nationalstaatlichen Machtpolitik Schluß zu machen, noch nicht geteilt; und sie haben in der UNO wieder ein so ohnmächtiges Instrument geschaffen, wie es einst der Völkerbund gewesen war. Auch in Westeuropa ist die geplante übernationale Autorität noch nicht ganz in der Weise entstanden, wie sie die Résistance-Autoren geplant hatten. Aber in diesem Bereich, in dem noch in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts sich Franzosen und Deutsche, Engländer und Italiener in zwei als innereuropäische Nationalstaatskriege begonnenen Weltkriegen erbittert bekämpft hatten, sind doch Strukturen und Autoritäten geschaffen worden, die de facto das Gewollte leisten. In der Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl versprachen die Regierungen, „an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen“, und zunächst durch Zusammenlegung ihrer Montan-Industrien „Krieg zwischen ihnen materiell unmöglich“ zu machen.

Nach der Fortentwicklung über die EWG zur Europäischen Gemeinschaft ist nun tatsächlich ein erneuter Krieg zwischen diesen westeuropäischen Völkern undenkbar geworden. Man sieht den Nachbarn nicht mehr als Feind, sondern als (wenn auch vielleicht schwierigen) Freund im Rahmen einer gemeinsamen Rechtsordnung. Kaum auszuden-

³²⁾ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1949; italienische Verfassung 1948, Art. 5 und 114 bis 132; Defferre-Gesetz Frankreich 1982. Vgl. Fr. Esterbauer, Regionalismus, München (Inst. f. Nationalitätenrecht und Regionalismus) 1978; D. Yuill und K. Allen, European regional incentives 1980, Glasgow 1980.

ken, welches Chaos von Spannungen alter Nationalstaatsrivalitäten in Westeuropa ohne die erfolgreiche europäische Einigungsbewegung herrschen und die Weltmächte zum Eingreifen nötigen könnte. So aber haben die Mitgliedsländer den Ausgleich ihrer Interessen einem schon sehr detailliert ausgebildeten europäischen Recht unterstellt, das vom Obersten Gerichtshof der EG durchgesetzt wird³³). Dies ist wohl der fundamentalste Fortschritt gegenüber der ersten Hälfte des Jahrhunderts — ein großer Erfolg definitiver Friedenssicherung zunächst in dem Bereich, von dem aus zuvor die Welt immer wieder in Kriege gestürzt worden war. Es ist die Hoffnung der Europäer, daß ihr Modell, wie sie Krieg durch Recht ersetzt haben, auch die anderen Völker in der Welt veranlassen möge, nach einer föderativen Weltorganisation zu streben, die auch global den Krieg durch Recht und Gesetz und Gericht ersetzen kann.

4. Auf dem Wege zur europäischen Föderation

Mit der EG ist in Westeuropa mehr als die Hälfte des Weges zu der von so vielen Résistance-Autoren gewünschten Schaffung einer demokratischen europäischen Föderation zurückgelegt. Die Wirtschaftsnationalismen, die autarkische Isolierung hinter hohen Zollmauern, die in der Zwischenkriegszeit die europäischen Völker verarmt hatten, sind durch einen großen Gemeinsamen Markt ersetzt. Das seit 1960 mehr als verzehnfachte Volumen des inner-westeuropäischen Handels wurde zur wesentlichen Voraussetzung der Wohlfahrt aller. Die EG-Kommission kämpft konstant gegen die restlichen protektionistischen Egoismen in Europa an. Auf ihren täglichen Anstrengungen, von denen nur wenige in die Schlagzeilen kommen, ruht der Wohlstand der Gemeinschaft. Durch die allmähliche Verwirklichung des westeuropäischen Zusammenschlusses — und im Maße dieser Verwirklichung — ist auch eine allmähliche Entschärfung der deutschen Frage erfolgt. Das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarländer vor Deutschland wurde in dem Maß befriedigt, in dem die Bundesrepublik sich in die

³³) Cl. Schön-dube, Europa. Verträge und Gesetze, Bonn 1978⁴; H. P. Ipsen, Europäisches Gemeinschaftsrecht, Tübingen 1972; Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1959ff., bisher über 30 Bände.

Rechts- und Demokratie-Gemeinschaft der EG einfügte.

Diese immer vollständiger integrierte Gemeinschaft, in der täglich über transnationale, gemeinsame Probleme entschieden werden muß, wird getragen von supranationalen Elementen: dem schon detailliert ausgebildeten Recht, das der Europäische Gerichtshof durchsetzt; von der Kommission, die Beschlüsse in gemeinsamem Interesse vorbereitet und dann als Regierungsorgan mit eigenen Einnahmen durchführt; von dem direkt gewählten Europäischen Parlament, das alle Beschlußvorlagen sorgfältig berät. Aber durch die Reservation der Beschlußfassung im Ministerrat wird für die Öffentlichkeit noch der Schein aufrechterhalten, als handele es sich noch immer um die Kooperation souveräner Regierungen. Der Weg muß, wie in so vielen Résistance-Texten vorgezeichnet, noch zu Ende gegangen werden: Über Beschlußvorlagen der Kommission muß das Parlament künftig legislative Beschlüsse fassen können, über die der Ministerrat als zweite Kammer binnen drei Monaten mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen hat, damit nicht weiterhin die nötige effiziente Regierung der Gemeinschaft immer wieder im Ministerrat blockiert werden kann³⁴). Sollten allerdings die nationalen Regierungen, die mit den ihnen obliegenden nationalen Problemen überlastet sind, an dem Irrweg festhalten, auch noch die der Gemeinschaft übertragenen Aufgaben selber und einstimmig lösen zu wollen, statt sie den Organen einer europäischen Demokratie zu überlassen, so könnten sie noch alles Erreichte wieder zum Einsturz bringen.

Zum Schluß: Alles, was in diesen vier Hauptbereichen in Westeuropa bisher erreicht wurde, ist nun nicht *nur* unter dem „Einfluß der Résistance“ erreicht worden. Natürlich haben dabei auch andere Faktoren der Nachkriegszeit und viele andere Politiker auf Grund ihrer Kriegs- und Nachkriegserfahrungen mitgewirkt. Aber diese realisierten dann, was zuerst und am klarsten in Texten der Résistance

³⁴) W. Hallstein, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1979⁵; Chr. Sasse, Regierungen, Parlamente, Ministerrat, Bonn 1975; Cl. Schön-dube, Das Europäische Parlament vor der zweiten Direktwahl. Bilanz und Perspektiven, Bonn 1983; knappe Übersicht: W. Lipgens, Der Zusammenschluß Westeuropas, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 34 (1983) 6, S. 345—72; Sammlung der Verfassungsentwürfe seit der Résistance: W. Lipgens (Hrsg.), 45 Jahre Kampf um Europäische Verfassung, Bonn 1984.

gefolgert und ausformuliert worden war. Daß in diesen drei Nachkriegsjahrzehnten, trotz vieler Rückschläge und Gegenkräfte, wenigstens in Westeuropa so viel an europäischem Zusammenschluß erreicht werden konnte, wie es kein Kenner der Nationalstaaten der

Zwischenkriegszeit je für möglich gehalten hätte, das wird tatsächlich erst verständlich als Verwirklichung der in den Résistance-Texten formulierten Einsichten über die Neuordnung Europas, die den Faschismus überwinden sollte.

Ulrike Emrich/Jürgen Nötzold: Der 20. Juli 1944 in offiziellen Gedenkreden der Bundesrepublik und in der Darstellung der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/84, S. 3—12

Beide deutsche Staaten benutzen das von ihnen jeweils verschieden interpretierte und beanspruchte Vermächtnis des NS-Widerstandes zur Legitimierung ihrer politischen Ordnung. Die Bundesrepublik Deutschland suchte in der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit diejenigen Kräfte des Widerstandes zu finden, die einen Anschluß an die freiheitlichen Traditionen der westlichen Demokratien ermöglichten. Die DDR beansprucht für ihre historische Tradition den Teil des Widerstandes, der ihr Gesellschaftssystem und ihre Bindung an die Sowjetunion begründen hilft.

In der Interpretation des Widerstandes spiegelt sich auch der Stand der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. des allgemeinen Ost-West-Verhältnisses wider. Der Kalte Krieg hatte bei der Beurteilung des Widerstandes durch die Bundesrepublik zur Gleichsetzung von Nationalsozialismus und der Herrschaftsordnung in der DDR geführt. Seit Mitte der sechziger Jahre wird in der Bundesrepublik bei der Würdigung des Widerstandes deutlich an die demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte angeknüpft. Offensichtlich im Gleichklang mit der Entspannungspolitik wird auch der linke Widerstand einbezogen, während der 20. Juli nicht mehr die zentrale Rolle spielt. Da die DDR zur Gewinnung nationaler Identität eine eigene Nationalgeschichte benötigt, muß sie diese größere Gemeinsamkeit bei der Einschätzung des Widerstandes ablehnen.

Michael Voges: Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/84, S. 13—24

Vor dem Hintergrund eines gewandelten Verständnisses von Widerstand, das nicht länger allein auf die konspirative Tätigkeit kleiner illegaler Gruppen zielt, sondern auch und vor allem die sozial und politisch sehr unterschiedlich motivierten Formen individuellen und kollektiven Widerstandes im Rahmen einer Gesellschaftsgeschichte politischen Verhaltens einbezieht, verdient das Widerstandskonzept der Sopade eine größere Beachtung, als sie ihm bisher in der Forschung zuteil geworden ist. Politische Opposition gegen das nationalsozialistische Regime bestand für Erich Rinner, dem Organisator der „politischen Berichterstattung“ der Sopade, zunächst einmal aus einem Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Die lebensweltlich verankerte, zugleich aber methodisch kontrollierte Auseinandersetzung der Berichtersteller mit den Verhältnissen im Dritten Reich setzte einen kollektiven Prozeß der Erfahrungsproduktion in Gang, dessen politische Organisation potentiell die Grundfesten des Regimes hätte zerstören können. Die politisch relevante Kommunikation gesellschaftlicher Erfahrung bedrohte das herrschaftskonstitutive Informationsmonopol des nationalsozialistischen Systems. Zugleich waren die Träger der Betriebsberichterstattung, die illegalen Vertrauensleute, das initiierende Zentrum eines kollektiven Lernprozesses, der ausgehend von den Erfahrungen der Arbeits- und Lebenswelt den politisch-sozialen Herrschaftszusammenhang des NS-Regimes zu erfassen suchte. Effektiver Widerstand in totalitären Staaten ist mit einem Rückgriff auf das traditionelle Repertoire von Widerstandsformen (Attentat, Putsch, Sabotage, Infiltration etc.) allein nicht zu bestreiten. Wirksame Opposition in komplexen sozialen und politischen Systemen mit einem hohen Grad von kommunikativer Vernetzung muß auf die Durchbrechung des Informations- und Kommunikationsmonopols und auf die heimliche politische Organisation gesellschaftlicher Erfahrung setzen. Wenn auch die Sopade-Führung in Prag bzw. Paris bei der Verwirklichung dieses Konzepts auf halbem Wege stecken blieb — Schwächen bei der Entwicklung politisch eingreifender Strategien, die auf den Erfahrungen der Berichterstattung aufbauten, sind nicht zu übersehen —, so bedarf doch das überwiegend negative Urteil über den Beitrag der sozialdemokratischen Exil-Führung zum Widerstand gegen das Dritte Reich einer gründlichen Revision.

Walter Lipgens: Widerstand gegen Hitler und europäische Föderation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/84, S. 25—37

Widerstand gegen den Nationalsozialismus war auch in den besetzten Ländern West- und Nordeuropas nicht nur eine nationale Reaktion auf die Eroberung selbst, sondern dem Widerstand lagen vor allem politisch-moralische Motive zugrunde. Eine neue, zukünftige Gesellschaftsordnung mußte nach Auffassung aller nichtkommunistischen Résistancegruppen drei Hauptforderungen genügen: 1. Die Menschenrechte und politischen Freiheiten wiederherstellen. 2. An die Stelle des totalitären Staatsabsolutismus und der durch nationalistische Parolen überdeckten Klassegegensätze der Vorkriegszeit eine wirklich freiheitliche, soziale und dezentralisierte Demokratie treten lassen. 3. Durch die Einrichtung übernationaler Autoritäten den Frieden sicherstellen, wirtschaftlichen Ausgleich gewährleisten und gegen alle Versuche vorgehen, demokratische Freiheiten einzuschränken.

Nach dem Ende des Krieges fehlten jedoch jene Voraussetzungen, die die Widerstandsgruppen für eine Neugestaltung Europas angenommen hatten. Die weltpolitischen Veränderungen ließen es nicht zu, daß die Europäer ihr Schicksal selbst bestimmten. Wenn es dennoch eine Kontinuität zu den Vorstellungen der Widerstandsgruppen gab, so war dies das Werk privater Vereinigungen, die sich 1946/47 in den großen Städten Westeuropas bildeten. Ihre propagandistische Tätigkeit war hilfreich und in manchem wegweisend bei der Lösung der europäischen Probleme, die seit 1947/48 angegangen wurden: 1. Die Verabschiedung der „Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“, vor allem aber die Einrichtung des Europäischen Gerichtshofes. 2. Die Ausweitung sozialstaatlicher Sicherungen; legislative und administrative Zentralismen mußten in den letzten Jahren selbst in Frankreich abgebaut werden. 3. Die Aufhebung des Freund-Feind-Denkens im Rahmen einer europäischen Ordnung, in der institutionelle Mechanismen, festgelegt in einem detailliert ausgearbeiteten europäischen Recht, die Konfliktregelung sichern. Die Europäische Gemeinschaft löst heute schon viele Probleme im Bereich der Wirtschaft und des Rechts auf der Basis transnationaler Regelungen. Das Erreichte beweist, daß die Widerstandsgruppen schon vor dem Kriegsende den Weg zur Lösung der europäischen Probleme zutreffend gewiesen haben.